Stand: 13.11.2026 12:45:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3927

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3927 vom 03.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4602 des HA vom 11.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4772 vom 11.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014 (EPL 10)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.11.2014 **Drucksache 17/3927**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Angelika Weikert, Günther Knoblauch, Inge Aures, Susann Biedefeld, Harald Güller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias SPD**

Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz in der TG 82 (Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder) wird in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils von 1.926,9 Tsd. Euro um 289,0 Tsd. Euro auf 2.215,9 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die staatlichen Fördersätze für Frauenhäuser sind in den letzten Jahren nur einmal im Jahr 2009 erhöht worden. Eine Steigerung der Förderung um 15 Prozent ist dringend notwendig, da die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder verlässliche Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen und die Aufgaben der Einrichtungen stetig anwachsen.

Frauen und deren Kinder müssen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt erhalten. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass er seiner Schutzfunktion für die Bürgerinnen und Bürger umfassend gerecht wird. Vordringliche Aufgaben sind dabei die Schaffung von mehr Plätzen für die Frauen und deren Kinder, eine bessere Finanzierung sowohl der personellen als auch der sachlichen Ausstattung sowie der bedarfsgerechte und barrierefreie Ausbau der Frauenhäuser.

Zudem müssen Beratungsstellen sowie auch die Frauennotrufe ausreichend gefördert werden, um jeder bedrängten Frau, unabhängig von ihrem Wohnort, die Möglichkeit zu geben, sich über Hilfsangebote informieren zu können und Auswege aus ihrer Situation aufzeigen zu lassen.

Leider sind Frauenhäuser auch heutzutage noch eine Notwendigkeit, da die Gewalt gegen Frauen sowie deren Kinder nicht abnimmt. Dies wird einmal mehr auf drastische Weise durch die Studie „Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Übersicht“ der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) verdeutlicht. Danach haben 33 Prozent der Frauen in der EU zwischen 15 und 74 Jahren bereits körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlitten. In Deutschland liegt der Wert sogar bei 35 Prozent.

Der Schutz dieser Frauen muss das höchste Ziel sein, nicht zuletzt deshalb, weil der Staat durch zahlreiche Abkommen dazu verpflichtet ist. So sehen unter anderem das CEDAW Abkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die Europäische Menschenrechtskonvention, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK), die Konvention des Europarats zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, sowie auch das Grundgesetz diverse Schutzmaßnahmen für Frauen vor. Diese Schutzfunktion muss endlich umfassend in die Tat umgesetzt werden.

Der Staat kann sich künftig nicht mehr darauf berufen, dass die Frauenhäuser in erster Linie im Zuständigkeitsbereich der Kommunen und Landkreise angesiedelt sind. Es muss seitens des Staats dafür gesorgt werden, dass es für jedes Frauenhaus in Bayern eine gesicherte Finanzierung gibt. Wenn eine von Gewalt bedrohte Frau um Aufnahme in einem Frauenhaus bittet, so muss dies schnell und unbürokratisch möglich sein. Hierfür ist ausreichend geschützter Wohnraum für Frauen und ggf. deren Kinder unerlässlich.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Frauen mit Behinderung, die besonders häufig von Gewalt betroffen sind, und betroffene Frauen mit Migrationshintergrund besondere Unterstützungsangebote brauchen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4602 des HA vom 11.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.12.2014 **Drucksache 17/4772**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 10 werden abgelehnt:

Drs. 17/4602

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 01 Tit. 422 01 und Kap. 10 01 Tit. 428 01)
   Drs. 17/3828

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Bayerisches Blindengeld auch für hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern einführen
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 17/3829

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u.a. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
   (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
   Drs. 17/3830

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
   (Kap. 10 03 neuer Tit.)
   Drs. 17/3831

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
   (Kap. 10 03 Tit. 684 72)
   Drs. 17/3832

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Förderung der Insolvenzberatung in Bayern
   (Kap. 10 03 Tit. 684 73)
   Drs. 17/3833

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
   (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
   Drs. 17/3834

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
   (Kap. 10 07 neuer Tit.)
   Drs. 17/3835

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Kosten für die Ausreichung und Verleihung des Bayerischen Innovationspreises Ehrenamt
   (Kap. 10 07 Tit. 537 85)
   Drs. 17/3836

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
    (Kap. 10 07 Tit. 633 85)
    Drs. 17/3837

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
    (Kap. 10 07 Tit. 684 85)
    Drs. 17/3838

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen
    (Kap. 10 07 Tit. 633 88)
    Drs. 17/3839

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
    (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
    Drs. 17/3840

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
    (Kap. 10 07 TG 70)
    Drs. 17/3841

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
    (Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70)
    Drs. 17/3842

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
    (Kap. 10 07 TG 82)
    Drs. 17/3843

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
    (Kap. 10 07 TG 88 - 92 neuer Tit.)
    Drs. 17/3844

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integration von Zuwanderern
    (Kap. 10 50 Tit. 633 52)
    Drs. 17/3845

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
    (Kap. 10 53 Tit. 633 01)
    Drs. 17/3846

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Asylsozialberatung
    (Kap. 10 53 Tit. 684 01)
    Drs. 17/3847

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit auch im Jahr 2016
    (Kap. 10 07 TG 78)
    Drs. 17/4161

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
    (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
    Drs. 17/3908

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Betreuungsvereine
    (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
    Drs. 17/3909

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
    (Kap. 10 03 TG 73)
    Drs. 17/3910

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz der Teilzeitausbildung
    (Kap. 10 05 TG 74)
    Drs. 17/3911

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Errichtung eines „Kompetenzzentrums Barrierefreiheit“
    (Kap. 10 05 TG 84)
    Drs. 17/3912

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
    (Kap. 10 05 neue TG)
    Drs. 17/3913

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
    (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
    Drs. 17/3914

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
    (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
    Drs. 17/3915

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Erhöhung der Landesmittel an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen (Mehrgenerationenhäuser)
    (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
    Drs. 17/3916

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung heilpädagogischer Fachdienste
    (Kap. 10 07 Tit. 684 04)
    Drs. 17/3917

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB)
    (Kap. 10 07 neuer Tit.)
    Drs. 17/3918

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung von Familienstützpunkten
    (Kap. 10 07 Tit. 684 73)
    Drs. 17/3919

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3920

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ehe- und Familienberatung für gehörlose und hörgeschädigte Menschen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3921

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis des JFF e.V.
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/3922

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Mittel für Vereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 17/3923

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3924

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Fanprojekten
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3925

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einrichtung von Interventionsstellen mit einem proaktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3926

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3927

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Zeit für die Jüngsten – bessere Personalausstattung in der Krippe
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3928

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen durch die Erhöhung von Gewichtungsfaktoren für Kinder mit (drohender) Behinderung
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3929

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/3930

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3931

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/3932

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/3933

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbau der Migrationsberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/3985

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung der IG-Initiativ-Gruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3986

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4010

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Betreuungsvereine erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/4011

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von anerkannten Insolvenzberatungsstellen in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/4012

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/4013

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in Bayern
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/4014

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von stationären Wohnplätzen und Tagesbetreuungsplätzen für ältere Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 79)
Drs. 17/4015

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 17/4016

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023
(Kap. 10 05 TG 84)
Drs. 17/4017

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/4018

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/4019

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Medienforschung sichern – JFF angemessen finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/4020

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildung Ehrenamtlicher beim Bayerischen Jugendring
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4021

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Projekts „PräTect“ des Bayerischen Jugendrings
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4022

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bessere Ausstattung der Fanprojekte
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/4023

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 17/4024

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze und Erhöhung der Mittel für pro-aktive Interventionsstellen
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/4025

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/4026

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Asylsozialberatung aufstocken
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/4028

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/4029

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Wolfgang Fackler
Abg. Kerstin Celina
Abg. Angelika Weikert
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Walter Nussel
Abg. Joachim Unterländer
Abg. Arif Taşdelen
Abg. Doris Rauscher
Abg. Steffen Vogel
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Christine Kamm
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Ruth Waldmann
Staatsministerin Emilia Müller
Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3934 mit 17/3940)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3908 mit 17/3933, 17/3985 und 17/3986)
Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3828 mit 17/3847 und 17/4161)
Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4010 mit 17/4026, 17/4028 und 17/4029)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/3832, 17/3913, 17/3927, 17/4017 und 17/4029 jeweils namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler von der CSU. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sie mit ihren schwachen Mitgliedern um-

geht. Wir alle kennen den sozialen Aspekt dieser Aussage. Doch wie können die Qualität und das Niveau einer Gesellschaft gemessen und beurteilt werden bzw. wie kann diese Aussage präzisiert werden?

Dafür ist der Sozialetat aus meiner Sicht ein sehr guter Indikator. Er spiegelt die politischen Ansätze wider, die die Verantwortlichen unter den gegebenen Voraussetzungen sehen und angehen. Die bayerischen Sozialpolitiker wollen viele Impulse setzen. Die Details und Handlungsfelder dokumentiert der bayerische Sozialhaushalt 2015/2016, der 273 Seiten umfasst.

Doch nicht nur die Vielzahl der Ansatzpunkte und Einzelposten beweist, wie wichtig dem Freistaat Bayern der sozialstaatliche Anspruch ist, auch die puren Zahlen zeigen dies deutlich. So weist der vorliegende Sozialhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 eine Aufstockung um circa 400 Millionen Euro auf rund 4,4 Milliarden Euro in den Jahren 2015 und 2016 auf. Damit sind Steigerungsraten von fast 10 % gegenüber 2014 zu verzeichnen. Zur Erinnerung: 2013 lagen wir noch bei 3,6 Milliarden Euro, und im Nachtragshaushalt 2010 gar nur bei 2,6 Milliarden Euro.Wer also hätte sich diese Steigerung auch nur vorstellen können?

Der Sozialetat ist und bleibt damit der fünftgrößte Ausgabenposten des bayerischen Haushalts. Diese Entwicklung und die Gesamthöhe des Etats sind unter der Prämisse, nicht nur am Haushalt ohne Neuverschuldung, sondern sogar am Schuldenabbau festzuhalten, mehr als bemerkenswert. Das ist sogar großer Anerkennung wert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Der Sozialetat spiegelt aber auch die wirtschaftliche Dynamik und die wirtschaftliche Stärke in Bayern wider und wird dabei auch der Generationenverantwortung gerecht. Die neuen Rekordzahlen zeigen uns: Wir brauchen diese wirtschaftliche Dynamik für ein soziales Gleichgewicht. Nur durch Wirtschaftlichkeit kann ein gesamtsozialer Fort-

schritt für die Gesellschaft erreicht werden. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich im Folgenden die wichtigsten Bereiche anreißen. Seit Konfuzius

(Zurufe: Oooh!)

wissen wir, dass die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der CSU)

Dementsprechend ist es folgerichtig, dass insbesondere die Leistungen für Familien erneut kräftig ansteigen. Hierfür sind in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils circa 1,9 Milliarden Euro vorgesehen, was einem Anteil von 43 % an allen Ausgaben des Sozialetats entspricht. Bayern ist und bleibt unbestritten familienfreundlich und leistet hier mehr als jedes andere Bundesland. Wir sind deshalb das Familienland Nummer 1.

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Der weitaus größte Teilbetrag an den Ausgaben des Sozialhaushalts geht in die Förderung von Kindertageseinrichtungen. Der entsprechende Haushaltsansatz beträgt 1,55 Milliarden Euro, was eine Steigerung um 145 Millionen Euro bzw. 157 Millionen Euro bedeutet. An dieser Stelle möchte ich deshalb auch einmal ein ausdrückliches Lob für die gute Arbeit und die gute Qualität in unserer Bildungs- und Betreuungsarbeit für Kinder und Jugendliche in Bayern aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Schaut man sich die Ergebnisse von Bildungsstudien an, kann man erfreut feststellen, dass bayerische Schüler im Bundesdurchschnitt

(Zuruf von den GRÜNEN)

immer Spitzenplätze einnehmen. Auch die sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land belegt gerade nicht die These von schlechter Bildungsqualität in unseren Einrichtungen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die Bertelsmann-Stiftung - -)

Selbstverständlich kann man immer besser werden. Dies sollte auch das Bestreben aller Verantwortlichen sein. Wir sollten aber nicht ständig unsere Kitas und Schulen schlechter reden, als sie sind.

(Beifall bei der CSU)

Dies wird den Leistungen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas nämlich nicht gerecht. Wir setzen in diesem Bereich weiterhin auf Unterstützung und Entlastung der Familien sowie auf die Erhöhung der Qualität der frühen Bildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zudem gibt es Bildungs- und Betreuungsqualität nicht nur in Kitas und Schulen, sondern vor allem auch daheim im Elternhaus. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Die weltweiten Krisen haben auch Bayern ergriffen, sodass ich zur Asylpolitik komme. Viele Menschen müssen aus ihren Heimatländern flüchten und bringen sich in Bayern in Sicherheit. Der Sozialetat bildet diese Entwicklung gut ab; denn die Ansätze für die Unterbringung der Asylbewerber wurden deutlich angehoben. Der Gesamtbetrag an Aufwendungen erhöht sich demnach um über 100 Millionen Euro auf circa 450 Millionen Euro für 2015 und 2016. Das ist für zwei Jahre knapp eine Milliarde Euro; nur damit man das einmal deutlich versteht. Dies ist gegenüber dem Jahr 2014 eine Steigerung um rund 30 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 lagen wir noch bei 121 Millionen Euro. Das ist circa ein Viertel der heutigen Aufwendungen für Asyl.

Die Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat sich in Bayern deutlich verbessert. Die im Herbst ergriffenen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung haben die Kapazitäten bei der medizinischen Versorgung und bei der Unterbringung erheblich ausgeweitet. Im Gegensatz zum Bund und zu anderen Ländern entlastet der Freistaat seine Kommunen, indem er ihnen die Kosten in vollem Umfang erstattet. Wir haben diese Thematik in Bayern bisher gut bewältigt, was in hohem Maße auch auf die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und auf die Mithilfe der Kommunen zurückzuführen ist; denn der Freistaat unternimmt erhebliche humanitäre Anstrengungen. In den nächsten beiden Jahren geben wir für die Bewältigung der Flüchtlingsströme so viel Geld aus wie für die Städtebauförderung und die Staatsstraßen zusammen.

Rund 50.000 Flüchtlinge leben derzeit in den Gemeinschaftsunterkünften in Bayern. Bei diesen Menschen gilt es, in einem ersten Schritt zu klären, ob eine Aufnahme überhaupt infrage kommt. Nur wenn diese erste Frage mit Ja beantwortet ist, reden wir in einem zweiten Schritt über deren Zukunft in Deutschland. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, sei mir noch eine Bemerkung gestattet: Die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine gesamteuropäische Aufgabe und erfordert eine europäische Solidarität.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die anderen EU-Länder an ihre Pflichten aus den Schengener Abkommen und der Dublin-III-Verordnung erinnern, damit sie diese erfüllen. Nur dann erreichen wir eine gerechte Lastenverteilung in Europa. Nur so können wir die Flüchtlingswelle besser bewältigen.

Auf dem Gebiet der freiwilligen Leistungen gilt es festzuhalten, dass Bayern eines der wenigen Bundesländer in Deutschland ist, die überhaupt noch freiwillige Leistungen zahlen. Auch dies ist bemerkenswert und ein ganz wesentlicher Beitrag zum sozialen Gleichgewicht.

Als erste Mehrung möchte ich die beim Thema "Bayern – Barrierefrei 2023" erwähnen, das wir jetzt schon mehrfach diskutiert haben.Der Freistaat Bayern geht in diesem Bereich als Ideengeber voran, kann die Herausforderungen aber nicht allein bewältigen. Denn es ist und bleibt eine Aufgabe für viele: Freistaat, kommunale Spitzenverbände, Kommunen und Eigentümer. Nur gemeinsam, schrittweise und verantwortungsbewusst lässt sich diese große Aufgabe schultern.

Insgesamt steht im Doppelhaushalt 2015/2016 für die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und öffentlich zugängliche staatliche Gebäude ein Investitionsvolumen von rund 193 Millionen Euro zur Verfügung. Durch einen Änderungsantrag der CSU erhöht sich dieser Betrag nochmals um 12 Millionen Euro auf rund 205 Millionen Euro. Für flankierende Maßnahmen als Beitrag zum Leitziel "Bayern -Barrierefrei 2023" sind in den Jahren 2015/2016 erstmals Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Dies ist ein Signal an unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es weckt Zuversicht und zeigt, dass wir dieses wichtige gesellschaftliche Thema mit Überzeugung angehen.

Eine nennenswerte Erhöhung weist auch der Ansatz für die Jugendhilfe auf. Die Mittel werden sich hier nochmals um 250.000 Euro bzw. 1,1 Millionen Euro auf rund 30 Millionen Euro bzw. 31 Millionen Euro erhöhen. Damit können bei der wichtigen Jugendsozialarbeit an Schulen weitere 40 Stellen im Jahre 2015 bzw. 60 Stellen im Jahre 2016 in das staatliche Förderprogramm aufgenommen werden. Diese Präventionsarbeit stellt eine effiziente Unterstützungsleistung für die vor Ort unterrichtenden Lehrer dar. Das gilt es zu stärken, wie ich aus meinem eigenen Stimmkreis weiß.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Celina zu?

Wolfgang Fackler (CSU): Zum Schluss! - Erwähnen möchte ich auch die Aufstockung der Fördermittel für die Jugendarbeit in Höhe von jeweils 500.000 Euro in den Jah-

ren 2015/2016. Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist vor allen Dingen die verstärkte Förderung von Investitionskosten möglich. Durch zwei Änderungsanträge der CSU-Fraktion hat sich dieser Ansatz zudem um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Damit sollen in erster Linie die Ziele und mehrere Schwerpunkte des im vergangenen Jahr fortgeschriebenen Kinder- und Jugendprogramms verwirklicht werden. - Aus diesem Betrag erhält auch der Verein JFF einen erhöhten Zuschuss von 200.000 Euro. Auch beim Ansatz für die Förderung des Abbaus der Gewalt gegen Frauen und Kinder ist erfreulicherweise eine Aufstockung um jährlich 250.000 Euro auf rund 1,9 Millionen Euro vorgesehen.

Durch eine Initiative der CSU-Fraktion werden diese Mittel nochmals um 300.000 Euro aufgestockt, sodass wir letztendlich proaktive Beratungsangebote für Frauen schaffen können, um diese besser vor Gewalt zu schützen. Denn mit diesem Geld können neben den Zuschüssen an soziale Einrichtungen künftig auch acht Interventionsstellen mit proaktivem Beratungsansatz gefördert werden. Ich denke, dieses Thema bleibt nichtsdestotrotz ein drängendes politisches Anliegen, dem wir auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit schenken werden.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren darf ich noch auf zwei freiwillige Leistungen im Bereich der Unterbringung von Asylbewerbern eingehen. Zum einen ist vorgesehen, den Ansatz für die Asylsozialberatung um 4 Millionen Euro auf 9,3 Millionen bzw. 9 Millionen Euro in 2016 anzuheben. Damit kann der Betreuungsschlüssel für die Erstaufnahmeeinrichtungen von 1 : 150 auf 1 : 100 abgesenkt werden. Zudem wird auch der deutliche Ausbau der Förderung des Betreuungspersonals ermöglicht, entsprechend der Schaffung weiterer Plätze in Gemeinschaftsunterkünften.

Zum anderen kümmern wir uns auch um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, indem wir bei Bedarf jährlich bis zu 8,5 Millionen Euro für diese Aufgabe zur Verfügung stellen. Über die bereits genannten Änderungsanträge hinaus sind noch folgen-

de weitere Initiativen der CSU-Fraktion zu nennen: Mit zusätzlichen 300.000 Euro für die Förderung der Betreuungsvereine soll eine bestmögliche Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuer durch die Vereine sichergestellt werden. – Mit zusätzlichen 500.000 Euro für die Ehe- und Familienberatung wird dem stetig steigenden Beratungsbedarf von Paaren und Familien in Krisensituationen Rechnung getragen. Für die Sanierung von Einrichtungen Heimatvertriebener werden 1 Million Euro zur Verfügung gestellt und für das Projekt "mehrWert Demokratie" 45.000 Euro.

Die Änderungsanträge der CSU-Fraktion belaufen sich auf insgesamt 4,15 Millionen Euro. Die Wunschzettel der Opposition sind im Vergleich zu unserem Vorschlag 25-mal, 21-mal bzw. 13-mal so lang wie unser Vorschlag. Die Anträge der SPD belaufen sich auf insgesamt 105 Millionen Euro, die der FREIEN WÄHLER auf 85 Millionen Euro und die der GRÜNEN auf 54 Millionen Euro. Das ist leider selbst kurz vor Weihnachten beim besten Willen nicht darstellbar.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Noch nicht mal euer G7-Gipfel!)

Zum Abschluss ist es mir wichtig, nicht auf den G7-Gipfel einzugehen, sondern den Abertausenden Ehrenamtlichen im Sozialbereich an dieser Stelle sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei der CSU)

Mein Dank gilt aber auch den vielen im Lande arbeitenden Sozialverbänden und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Sozialministeriums mit unserer Ministerin Emilia Müller an der Spitze, der ich für ihren stetigen, unermüdlichen Einsatz in diesem sensiblen Bereich sehr herzlich danke.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch allen Sozialpolitikern in diesem Raum, vor allem unserem Vorsitzenden Joachim Unterländer, aber auch seiner Stellvertreterin Angelika Weikert, die

immer wieder eingesprungen ist, sowie allen weiteren Mitgliedern des Sozialausschusses.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend gilt es festzuhalten: Der Sozialhaushalt bietet in den kommenden beiden Jahren eine sehr gute Grundlage. Er passt sich den veränderten Anforderungen mit Blick auf das Asylthema an und stellt Weichen für die Zukunft. Oder anders ausgedrückt: Er zeigt, dass Bayern ein vorbildliches Bundesland ist. Bayern ist wirtschaftlich stark. Bayern ist sozial und Bayern denkt auch an seine schwächeren Bürgerinnen und Bürger. Dafür wollen wir auch in Zukunft gemeinsam arbeiten. Ich bitte um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, die Frau Celina hat sich für eine Zwischenfrage gemeldet. Bitte sehr, Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Fackler, Sie haben das Thema Asyl genannt und europäische Solidarität gefordert. Wie diese aussehen soll, ist seit letzter Woche bekannt. Die CSU hat in einem Leitantrag für ihren Parteitag ein Sonderprogramm für Flüchtlingshilfe in Höhe von 1 Milliarde Euro gefordert. Dass die Leitantragsentwürfe der CSU nicht immer sinnvolle Vorschläge beinhalten, haben wir letztes Wochenende mitbekommen. Ich frage Sie allerdings, wie Sie das sehen. Schließlich hat Italien über lange Zeit hinweg alle Kosten für Mare Nostrum und für die Grenzsicherung selber zahlen müssen. Da ist niemand auf die Idee gekommen, dass die Europäische Union sich daran beteiligt. Daher finde ich Ihre Idee jetzt unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Fackler, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Ich glaube, wir brauchen hier im Hohen Haus nicht über parteiinterne Anträge zu reden. Letztendlich ist klar, dass wir eine europäische Solidarität in dieser Frage brauchen. Die Italiener haben sich an die Vereinbarungen, die in Schengen und Dublin gemacht worden sind, zu halten, und diese gilt es letzten Endes umzusetzen und auch weiterhin zu debattieren.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Dabei sterben Menschen!)

Letztendlich ist es unsere Aufgabe, humanitäre Hilfe solidarisch zu leisten. Das tun wir mit der Zurverfügungstellung unserer Mittel. Und das ist die Aufgabe, die wir erfüllen können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, darf ich zwei Dinge tun. Erstens begrüße ich die Behindertenbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, auf der Tribüne sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns, dass Sie der Debatte über den Haushalt für Ihr Aufgabengebiet beiwohnen.

Zweitens. Angesichts von sechs namentlichen Abstimmungen, die uns in diesem Zusammenhang noch ins Haus stehen, habe ich mich mit den Fraktionen dahingehend verständigt, dass wir keine Mittagspause machen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir unmittelbar nach diesem Tagesordnungspunkt mit dem Einzelplan 06 fortfahren werden, damit wir das zeitliche Ende absehen können.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt hat Frau Kollegin Angelika Weikert von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine gute Sozialpolitik kann sich im Grunde an drei "A" orientieren. Das erste "A" steht für das Aufwachsen von Kindern in unseren Familien und unserer Gesellschaft. Dazu wird meine Kollegin Doris Rauscher im Laufe der Diskussion einiges beitragen. Das zweite "A", Kolleginnen und Kollegen, steht für Armut, hier natürlich für Armutsbekämpfung. Das dritte "A" steht für die Gestaltung einer älter werdenden Gesellschaft.

Die Ausgangslage für diese drei "A" finden wir im Bericht zur sozialen Lage in Bayern. Ich gehe davon aus, dass Sie alle ihn nicht nur in den Aktenschränken verstaut haben, sondern die wichtigsten Daten im Kopf parat haben. Der Sozialbericht der Staatsregierung sollte die Leitlinie für die Sozialpolitik in Bayern vorgeben.

Ich bleibe beim zweiten "A", beim Thema Armut. Armut hat im Land Bayern zugenommen. Im Vergleich der letzten zehn Jahre ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern von 13,8 % auf 14,3 % gestiegen. 1,7 Millionen Menschen in Bayern leben von weniger als 754 Euro im Monat. Besonders betroffen sind ältere Menschen über 65 Jahre, in Bayern deutlich mehr als im übrigen Bundesgebiet, Alleinerziehende, Personen mit Migrationshintergrund, und – besonders schmerzlich – Kinder unter sechs Jahren sind zu 16,6 % armutsgefährdet, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zu 15,3 %.

Dagegen steht Reichtum im Land: 10 % der Menschen in Bayern haben ein Einkommen, welches um 200 % über dem mittleren Einkommen liegt. Der Abstand zwischen den einkommensstärksten und einkommensschwächsten 10 % der bayerischen Bevölkerung hat zwischen 2008 und 2012 um 5,6 % zugenommen. Das ist nur die Einkommenssituation und sagt noch nichts über die Vermögenssituation aus.

Entscheidend für Armutsgefährdung ist sowohl bei Kindern als auch bei älteren Menschen die Erwerbsbiografie, bei Kindern natürlich die der Eltern. Deshalb steht gute Arbeit für uns Sozialdemokraten nach wie vor im Mittelpunkt unserer Politik. Es hat uns schon erstaunt, mit welcher Leichtigkeit die CSU und die Bayerische Staatsregie-

rung mit dem Thema Mindestlohn umgehen. Was soll eigentlich die Aussage des Kollegen Erwin Huber, die er in diesem Zusammenhang gemacht hat - jetzt ist er gerade nicht da -: Nun haben wir zwar den Mindestlohn, den musste man hinnehmen, aber kontrollieren ist zu viel des Guten. - Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Mittel – ich betone, ein Mittel –, um den Menschen im Land zu einem besseren Einkommen zu verhelfen. Genauso wichtig sind eine stärkere Tarifbindung, mehr Allgemeinverbindlichkeit bei den Tarifverträgen und die regelmäßige Anhebung des Mindestlohns.

(Beifall bei der SPD)

Ich kündige schon jetzt an: Diesen laxen Umgang mit dem Thema Mindestlohn in Bayern werden wir Sozialdemokraten nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir bei der Erwerbsbiografie. Ich spreche kurz die Langzeitarbeitslosigkeit an. Alle Studien belegen: Um hier tatsächlich Wirkung zu erreichen, brauchen wir eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Leider konnten wir uns bisher in der Großen Koalition in Berlin zu diesem Thema nicht durchsetzen. Aber auch hier verspreche ich: Wir bleiben dran. Öffentliche Beschäftigung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit muss es geben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig bei Armut und Erwerbsbiografie ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Es ist gut, dass wir in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern und im europäischen Vergleich eine gute Ausgangslage haben. Aber in neueren Studien – übrigens, Frau Müller, mit Unterstützung Ihres Sozialministeriums – wurde festgestellt, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung, die Zahl derer, die sich in unserem System verweigern, die nach einer verkrachten Schullaufbahn einfach nichts mehr wissen wollen von Schule und Bildung, groß ist und immer größer wird. Genau um

diese Gruppe von Jugendlichen, die keiner mehr erreicht, die in keinen Statistiken auftauchen, müssen wir uns besonders kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit können wir in Bayern nicht abhaken. Kein Jugendlicher darf verloren gehen. Das gilt für uns Sozialdemokraten nach wie vor.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Armut und Reichtum passt eine Studie der OECD, die erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde - ich kann sie kurz zeigen -, mit der Überschrift: Wachsende Ungleichheit bremst deutsches Wachstum. Diese Studie besagt, dass wachsende Ungleichheit das deutsche Wachstum bremst. Gerade für die Wirtschaftspolitiker hier im Hause halte ich das für eine lohnende Lektüre. Die Autoren stellen fest: Starke Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist eine Wachstumsbremse, vor allem deshalb, weil in dem ärmeren Teil der Bevölkerung naturgemäß von den Familien nur noch wenig in Bildung investiert werden kann. Klar, wenn man gerade einmal genug zum Leben hat, hat man wenig Geld, den Bildungsprozess der Kinder zu begleiten. Wir wissen alle, in Bayern gilt nach wie vor: Der Bildungsprozess der Kinder ist vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

(Beifall bei der SPD)

Diese Ungerechtigkeit schadet Deutschland. Umverteilung ist deshalb richtig und wichtig. Es ist auch langfristig der richtige Weg, um Wachstum zu ermöglichen. Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zusammen zu denken, Kolleginnen und Kollegen, ist daher das Ziel sozialdemokratischer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe jetzt zum "A" wie Armut gesprochen. Auf das Thema ältere Menschen und Mobilität geht Kollegin Waldmann später ein.

Asyl fängt auch mit "A" an. Einige Bemerkungen hierzu. Wir haben im Plenum und im Ausschuss wirklich viel über das Thema Asyl geredet. Deswegen möchte ich mich heute auf drei für mich sehr wichtige Bemerkungen beschränken.

Erstens. Die durch die Krisen in unserer Welt ausgelösten Fluchtbewegungen und die damit verbundenen Herausforderungen für Bayern haben Sie von der Bayerischen Staatsregierung jahrelang ignoriert. Wir hoffen, dass durch den jetzt eingerichteten Krisenstab alle Menschen, die jetzt im Winter zu uns kommen, gut durch den Winter kommen.

Zweitens. Ein Bett alleine reicht nicht. Diese Menschen brauchen persönliche Zuwendung, und die wird ihnen durch die haupt- und ehrenamtlich Aktiven in der Flüchtlingsarbeit gewährt. Wir finden hier eine ungeheure Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft vor. Es gibt eine Willkommenskultur in den Gemeinden, in den Städten. Von den Städten und Gemeinden und Landkreisen wurde ganz viel geleistet. Aber ich sage an dieser Stelle ganz ausdrücklich: Asylsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe. Es bleibt auch nach dem Haushaltszuwachs für uns immer noch die Frage: Wie groß ist der Schlüssel, nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern in den Gemeinschaftsunterkünften im Land? Auf meine Nachfrage im letzten Plenum haben Sie, Frau Müller, versichert, der Schlüssel wird 1 : 150 sein. Wir finden allerdings diese Regelung in keiner der Grundlagen, auch nicht im Haushaltsgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Kreuzer hat zu Beginn dieser Haushaltsdebatte vieles gesagt. Ein richtiger Satz war dabei, vielleicht mehrere, aber einen will ich hervorheben. Er hat gesagt, dass die Finanzierung der Unterbringung der bei uns ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber staatliche Aufgabe ist.Deshalb erhalten die Kommunen vollen Ersatz. Das ist so. Die Unterbringung ist eine staatliche Aufgabe, also müssen Sie es im

Haushalt auch abbilden. So ist die Situation, da gibt es nichts, wofür besonders zu danken wäre, sondern Sie haben diese Aufgabe einfach zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Das Dritte, Kolleginnen und Kollegen, verursacht überhaupt keine Kosten. Es ist gesellschaftspolitisch trotzdem sehr wichtig. Die Menschen, die zu uns kommen, ob aus Bürgerkriegsgebieten, aus Staaten, in denen es keinen Staat mehr gibt, wegen Armut, Naturkatastrophen oder aus welchen Gründen auch immer, sind Opfer und nicht Täter.

(Beifall bei der SPD)

Wählen Sie deshalb eine verantwortungsvolle Sprache, wenn Sie mit dieser Thematik umgehen. Wählen Sie eine Sprache, die Ängste in unserer Gesellschaft abbaut und nicht schürt. Das wäre ein wichtiger gesellschaftspolitischer Beitrag. Dieser Beitrag wäre gerade in der momentanen Situation, wo es in der Gesellschaft noch eine hohe Bereitschaft gibt, Flüchtlinge aufzunehmen, sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich will mich zum Schluss bedanken. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern Ihres Ministeriums, Frau Ministerin Müller, bei Herrn Höhenberger und bei Herrn Sigl. Wir hatten immer eine korrekte Zuarbeit vonseiten des Ministeriums. Ihre Mitarbeiter im Ministerium standen uns hilfreich zur Seite, wenn es Petitionen gab. Ich bedanke mich als stellvertretende Ausschussvorsitzende auch bei Herrn Unterländer und bei den Kollegen im Sozialausschuss für die gute Zusammenarbeit. Trotz unterschiedlicher Positionen, die wir im Sozialausschuss sehr deutlich austragen, geht es uns um Gemeinsamkeiten. Ich denke nur an die Vorgehensweise beim Bundesteilhabegesetz. Hier haben wir als Ausschuss immer Wert darauf gelegt, dass viele Interessengruppen in diesen Prozess einbezogen werden. Dafür bedanke ich mich. Vielen Dank für Ihr Zuhören und eine gute weitere Beratung!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Unterländer, Frau Weikert, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist spitze. Das habe ich gestern bis abends um neun Uhr – und ich habe es sicherlich einige Male verpasst – 57-mal gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es reicht nicht, wenn Sie Ihre Goldmedaille polieren, die Sie in der Kreisliga oder der Landesliga errungen haben, und sich darauf ausruhen. Sportler sollten weiter trainieren und nach Höherem streben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind der Steuermann in Bayern. Das hat der Souverän, der Wähler, so bestimmt. Sie sind der Steuermann in diesem Ruderboot. Eines möchte ich Ihnen aber sagen: Der Bürger stattet Sie aus. Es ist eine Mannschaftsleistung in Bayern, die diese Steuereinnahmen und dieses System erwirkt hat. - Herr Freller ist leider nicht da. - Es ist nicht das Verdienst der CSU, was wir hier verplanen, es ist das Verdienst des Bürgers.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat er auch nicht gesagt, das müssen Sie lesen!)

Der Mensch steht im Mittelpunkt. Sie haben eine Koalition mit den Bürgern. So, wie Sie mit Koalitionspartnern umgegangen sind, weiß auch ich nicht, ob ich mit Ihnen froh wäre, aber man kann sich immer verändern. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie keine Koalition mit Frauen, mit Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen, mit Zuwanderern und mit Menschen auf der Flucht eingehen. Auch die Taubblinden und an-

dere haben Sie vergessen. Wenn man so großartig ist, müsste man sich dadurch auszeichnen, wie man mit den Schwächsten in der Gesellschaft umgeht. Liebe Frau Schreyer-Stäblein, ich habe gestern Ihren Lobgesang einmal hochgerechnet. Ich gehe davon aus, dass jeder stramme CSUler 50-mal am Tag Bayern und die CSU lobt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und das in Richtung Osten!)

Bei 100 Abgeordneten – ich meine, einer fällt vielleicht einmal aus – und 360 Tagen im Jahr - an Weihnachten braucht man das nicht – sind das 1,8 Millionen Mal im Jahr, in denen Bayern und die CSU gelobt werden. Ich wünschte, Sie hätten diese Energie für Schwache, Obdachlose und Frauen, die unter Gewalt leiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir können halt beides, das ist der Vorteil!)

Herr Kreuzer, Sie haben gestern gesagt, man musste die Kröte Mindestlohn schlucken. Ich möchte zum Mindestlohn nicht mehr viel sagen. An der Anakonda, die Maut heißt und die die SPD schlucken musste, wird sich eventuell das ganze Land verschlucken.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sprechen Sie zum Sozialhaushalt? – Angelika Weikert (SPD): Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)

Ich spreche schon weiter. Mehr Menschen sind im letzten Jahr in die Grundsicherung gegangen. Für heuer weiß man es noch nicht. Früher war es jeder Hundertsechste in Bayern. Vier von fünf sind Frauen. Im letzten Sozialbericht war es jeder oder jede Hundertste. Von 391 Euro im Monat muss eine alleinstehende Frau leben. Das ist vielleicht das, was mancher von uns in der Woche ausgibt. Bitte denken Sie daran, dass die Zahl der Menschen in der Grundsicherung gestiegen ist. Es ist auch ein Zeichen für ein Land, ob es den Menschen gut geht oder nicht. Und hier müssen wir schon einmal "In Bayern ist alles toll" abziehen.

Zum Blindengeld. Als Steuermann in diesem Boot ermöglichen Sie Blinden und Taubblinden nicht einmal die Mitfahrt in dem Boot Sozialpolitik oder dem Boot Bayern, weil sie keinen Zugang zum Steg haben. Egal, ob es jetzt Barrierefreiheit oder Mehrausstattung für erhöhte Lebenshaltungskosten ist. Ich bitte Sie, ändern Sie das! Die Vorschläge waren da. Wenn es uns doch so gut geht, warum können wir nicht jedem Menschen den Zugang ermöglichen? – Alle Menschen wollen an der Mobilität teilhaben. Alle Menschen wollen an der Kommunikation teilhaben. Wir wollen Menschen im Team Bayern haben, egal welche Behinderung und welche soziale Ausstattung sie haben. Wir nennen das Inklusion. Bitte leben Sie Inklusion!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Frauenhäuser haben Sie uns zugesagt, dass der Ansatz um 300.000 Euro erhöht wird. Ich habe noch 300.000 hier stehen. Dafür wollte ich Danke sagen. Jetzt habe ich aber gehört, dass es nur noch 250.000 Euro sind.

(Zuruf von der CSU: 500.000!)

Entschuldigung. Das ist die Erhöhung, mit Sie die acht oder neun Beratungsplätze schaffen wollen, was eine nette Menge ist. Ich möchte Sie aber um eines bitten: Investieren Sie in die Sicherheit von Frauen und Kindern! Wir haben gestern gehört, dass Sie in die Opferhilfe investieren. Die Opferhilfe kommt aber einfach zu spät. Nutzen Sie den Ansatz zuvor, greifen Sie früher ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Steuermann gibt den Rhythmus vor, in dem gerudert wird. Ich bitte Sie: Geben Sie doch einmal einen gescheiten Rhythmus vor, machen Sie ein wenig Zug dahinter.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Machen wir!)

- Das habe ich gemerkt.

Obdachlose und Wohnungslose sind in Bayern nicht genau erfasst, weil die Menschen nicht gemeldet sind. Bundesweit bemüht man sich wenigstens, sie zu erfassen. Auf Bundesebene wird gesagt, dass die Obdachlosigkeit in den letzten Jahren um 25 % gestiegen ist. In Bayern geht man Pi mal Daumen von 25.000 Menschen aus. Wenn man von nur 25.000 Menschen ausgeht, geben wir pro Person und pro Tag vier Cent aus, mit denen der Freistaat die Schwächsten in der Gesellschaft unterstützt. Wir von der Opposition wollten alle gemeinsam nur eine Verdoppelung dieser Mittel, mit denen wir die Kommunen und diese Menschen unterstützen. Das ist keine faire Handlung und kein weitsichtiger Blick des Steuermannes, wenn man den Menschen ganz unten und den Kommunen, die diese unterstützen, nicht einmal vier Cent mehr am Tag gönnt. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Integration. Gestern hat der Staatsminister kritisiert, dass wir nur mehr Geld verlangen. Es gibt viele Maßnahmen, die Sie bei der Integration ohne Geld durchführen könnten. Sprechen Sie respektvoll über Menschen, die alles verloren haben. Seien Sie gastfreundlich. Benutzen Sie auch Ihr Hirnschmalz und Ihre Aufmerksamkeit. Wenn wir an einem Platz rund 41 Millionen Euro verbauen und nur 50.000 für die Ausstattung haben, kann doch etwas nicht stimmen. Das kann nicht der Grundsatz der Sparsamkeit sein.

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal bei der Ausschreibung für ein öffentliches Gebäude dabei waren. Hier muss mehr Geld zu den Menschen. Drohen Sie den Menschen im Boot nicht! Behandeln Sie sie mit Respekt, und ändern Sie Ihr Sprachverhalten!

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist eine gute Idee!)

Vorsicht! Eine Goldmedaille hält nicht ewig. Sie haben einfach aufgehört zu trainieren und schauen auf Ihre Trophäensammlung. Trainieren Sie wieder! Tun Sie wieder etwas! Auch andere haben gute Ideen und gute Trainingserfolge. Eines muss ich Ihnen sagen: Wenn die Mannschaft aussteigt, geht der Steuermann gnadenlos unter.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Nussel zu?

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nein, im Moment nicht. Nachher. – "Armutszuwanderung" ist das Unwort des Jahres geworden. Die sogenannte Deutsch-Pflicht im Wohnzimmer hat die Chance, das nächste Unwort des Jahres zu werden. Ich wünsche an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten gute Genesung, damit er es noch schafft, dieses Unwort des Jahres auf Kosten anderer einzureichen. Ich bin darauf nicht stolz. Sie dürfen das auch nicht sein.

Ich bitte Sie um eines: Gehen Sie vor Ort und sprechen Sie mit den Menschen. Ob in der Jugendarbeit oder beim Ehrenamt: Sie vergeben alle Stellen nur noch befristet. Nichts wird dauerhaft gemacht. Fangen Sie wieder an zu trainieren. Wir messen unsere Kräfte gerne mit den Ihren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Nussel möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schmidt, wir haben uns jetzt zehn Minuten lang angehört, wie schlecht es in Bayern ist. Ich hätte eine direkte Frage: Wo haben wir, die CSU, dem Bürger gedroht? – Das haben Sie in Ihren Ausführungen behauptet.

Eine zweite Frage: Sie waren mit unserer Ministerin in der Türkei. Sie haben gegenüber der Presse erklärt, dass dort im Zusammenhang mit den Flüchtlingen alles besser sei. Wie kommen Sie darauf? Können Sie das einmal begründen? – Es kann nicht sein, dass das, was wir leisten, schlechtgeredet wird. Ich möchte mich dagegen wehren. Durch solche Ausführungen gerät alles, was der Haushaltsausschuss und dieses Haus beschließt, in ein völlig falsches Licht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich beantworte zuerst die zweite Frage. Ich habe gesagt, dass die Organisation der Flüchtlingslager in der Türkei sehr gut und teilweise besser als bei uns ist. Herr Kollege Nussel, sehen Sie sich einmal den Pressebericht von Frau Ministerin Merk an. Sie hat das fast 1 : 1 so geschrieben. Hier habe ich einmal Copy-and-paste gemacht. Ich glaube, ich habe die Hälfte abgeschrieben.

Herr Nussel, Sie waren nicht dabei. Fragen Sie einmal Ihren Integrationsbeauftragten. Was gut ist, muss man auch zugestehen. In diesen Lagern bleiben die Familien zusammen. Ich sage aber auch, was schlecht ist. Sie haben es nicht gesehen. Ich war vor Ort. Sehen Sie es sich einmal selbst an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zur ersten Frage. Sie sagen: "Wer betrügt, der fliegt", und Sie sagen: Armutszuwanderung brauchen wir nicht. Das ist eine Bedrohung unserer Gäste, die Sie zuvor eingeladen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

- Selbstverständlich ist das eine Bedrohung. Auf die Anfrage, wie viele Betrügereien es überhaupt gab, kam keine Antwort. Die Zahl der Fälle war minimal. Herr Nussel, ein Generalverdacht ist eine Drohung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Auch wenn man CSU-Abgeordnete generell herabsetzt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Bayern schreibt die schwarze Null. Das haben wir in den letzten Tagen immer wieder gehört. Es ist aber

auch leicht, die schwarze Null zu schreiben, wenn Aufgaben und damit Ausgaben auf andere abgewälzt werden, insbesondere auf die kommunalen Träger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE schreiben in unserem Haushalt ebenfalls die schwarze Null, aber ohne die Kosten abzuwälzen. Wir haben unseren Haushalt gegenfinanziert und keine unfinanzierbare Weihnachtswunschliste hineingeschrieben, wie Sie, Herr Kollege Fackler, gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor gut einem Jahr hat der Ministerpräsident in diesem Hohen Haus versprochen, dass der gesamte öffentliche Raum in Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei werden soll. Für mich und viele andere hörte sich das so an, als sei mit diesem Versprechen eine klare Prioritätensetzung verbunden. Liebe Kollegen, wenn ich mir diesen Haushalt so ansehe, ist diese Prioritätensetzung nicht zu erkennen. Stattdessen ist klar, bei dem sogenannten Sonderinvestitionsprogramm "Bayern – Barrierefrei 2023" handelt es sich vermutlich um die größte Mogelpackung im gesamten Doppelhaushalt der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Einzelplan 10 wird in einer Übersicht zum Sonderinvestitionsprogramm ein angebliches Investitionsvolumen von 192 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 ausgewiesen. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass nur rund 10 % dieser Summe tatsächlich zusätzliche Mittel im Sinne eines Sonderinvestitionsprogrammes sind. Nur 20 Millionen Euro sind tatsächlich frisches Geld. Das ist weniger als ein halbes Prozent des bayerischen Staatshaushalts. Der Rest besteht aus einem Sammelsurium unterschiedlicher Haushaltstitel, die bereits seit Langem im Haushalt fest eingestellt sind.

Teilweise werden sogar Bundesmittel einfach nur durchgereicht, wie bei den Maßnahmen im ÖPNV. Teilweise werden aus allgemeinen Fördertiteln einfach fiktive Anteile für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit ausgewiesen, wie zum Beispiel bei den Investitionen in Schulen und Kitas oder beim staatlichen Hochbau. Wenn Sie ehrlich sind, sollten Sie das Sonderinvestitionsprogramm in "Sonderdurchreichungsprogramm" oder "Sonderabwälzungsprogramm" umbenennen, statt Versprechen auf Kosten anderer zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von den drei inzwischen definierten prioritären Handlungsfeldern bei der Umsetzung der Barrierefreiheit bleibt bei näherem Hinsehen nicht sehr viel übrig. Das behaupte ich nicht nur; ich kann das auch beweisen: Im ersten Förderbereich, der Mobilität, werden ausschließlich Bundesmittel weitergereicht. Die ausgewiesenen 60 Millionen Euro für neue Linienbusse sind langjährige Bundesmittel zur Förderung des ÖPNV. Bei der Neuanschaffung von Bussen ist die Barrierefreiheit zudem längst Standard. Auch die 20 Millionen Euro zum Umbau von Bahnhöfen sind lediglich weitergegebene Bundesmittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund. So lassen sich leicht politische Versprechen auf Kosten anderer machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im zweiten Förderbereich, der Bildung, sieht es nicht besser aus. Bei den 22 Millionen Euro zum Umbau von Kitas und Schulen handelt es sich lediglich um einen geschätzten Anteil der staatlichen Standardförderung zum Bau von Schulen, schulischen Sportanlagen und Kitas. Von einem Gesamtfördervolumen von 742 Millionen Euro nach dem Finanzausgleichsgesetz werden einfach 22 Millionen Euro zur Umsetzung der Standards im Bereich der Barrierefreiheit ausgewiesen. Auch hier handelt es sich lediglich um die Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und nicht um zusätzliche finanzielle Mittel.

Auch im dritten Förderbereich, dem staatlichen Hochbau, werden teilweise einfach fiktive Anteile aus den staatlichen Bundesmitteln für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit ausgewiesen.

Was bleibt denn jetzt an zusätzlichen Mitteln für "Bayern – Barrierefrei 2023"? - Lediglich bei den insgesamt 17,5 Millionen Euro an zusätzlichen Investitionen in die Barrierefreiheit von Bestandsgebäuden könnte es sich um zusätzliches Geld handeln. Doch auch diese Summe ist angesichts des Gesamtbestandes von staatlichen Gebäuden lächerlich gering.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommen noch 2,5 Millionen Euro für flankierende Maßnahmen, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für "Bayern - Barrierefrei 2023". Doch dieses Programm hat weder Werbung noch Öffentlichkeitsarbeit verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von einer Verwirklichung der Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum bis 2023, wie es Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung versprochen hat, sind wir nicht neun Jahre, sondern eher neunzig Jahre entfernt.

Frau Sozialministerin Müller, Sie gingen in Ihren Planungen bisher von einem zusätzlichen Investitionsbedarf von mindestens 1,5 Milliarden Euro bis 2023 aus. Das Gesamtkonzept scheiterte im Ministerrat an einem Veto von Finanzminister Söder. Die jetzt eingestellten zusätzlichen 20 Millionen Euro sind der klägliche Rest, der übrig blieb. Auf dieser Basis wird es so gut wie keine zusätzlichen Maßnahmen zur Verwirklichung von Barrierefreiheit in Bayern geben. Auch die bayerischen Kommunen erhalten keinerlei staatliche Hilfe bei der Schaffung eines inklusiven barrierefreien Sozialraums vor Ort.

Wir GRÜNEN haben mit unseren Haushaltsanträgen zur Umsetzung der Barrierefreiheit eine Alternative zu dieser faktischen Beerdigung des Sonderprogramms aufge-

zeigt. Wir fordern ressortübergreifend in den Bereichen Verkehr, Soziales, Wissenschaft und Kunst sowie in der Allgemeinen Finanzverwaltung insgesamt rund 200 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln zur Umsetzung der Barrierefreiheit – gegenfinanziert, wie auch Frau Ministerin Aigner vorgestern festgestellt hat. Dabei könnte man von einem Sonderinvestitionsprogramm sprechen. Die alten Kamellen einfach umzubenennen und durchzureichen, wie Sie es tun, ist dagegen unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir gestern das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung angesehen. Es wurde bereits im Jahr 2003 beschlossen. In Artikel 3 steht: "Zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind die besonderen Belange behinderter Frauen zu berücksichtigen und bestehende Benachteiligungen zu beseitigen sowie künftige Benachteiligungen zu verhindern."

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn behinderte Frauen einen behindertengerechten Platz im Frauenhaus suchen, müssen sie in Bayern lange suchen. Nachdem Sie diesen Antrag und alle anderen Anträge von uns zur Förderung der Frauenhäuser in der letzten Woche abgelehnt haben und nur für die proaktive Beratung der Frauen Geld in den Haushalt eingestellt haben, ist klar: Gleichstellung für behinderte und nicht behinderte Frauen bedeutet, dass sowohl behinderte als auch nicht behinderte Frauen gegebenenfalls keinen Platz in einem Frauenhaus finden, da es trotz massiv gestiegener Zahlen häuslicher Gewalt bei den vorerst 340 Plätzen in Bayern bleiben wird. Das bedeutet weder Gleichstellung noch ist es sozial oder behindertenfreundlich; das ist einfach nur traurig.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Traurig ist auch, dass Sie viele Anträge und Gesetzesvorschläge der Oppositionsfraktionen, die mit wenig Geld zu mehr Barrierefreiheit hätten führen können, in den vergangenen Wochen und Monaten abgelehnt haben. Ein Beispiel bezieht sich auf das

Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen. Mit wenig Geld könnte hier viel mehr Teilnahme erreicht werden. Die Gegenfinanzierung erwirtschaften die blinden und sehbehinderten Menschen fast schon selbst, weil ihre Zahl sinkt und weniger Geld für Blindengeld bereitgestellt werden muss. Aber die Erhöhung des Blindengelds für hochgradig sehbehinderte Menschen lässt sich nicht öffentlichkeitswirksam darstellen, indem man bunte Bändchen durchschneidet. Vielleicht rutschte diese Maßnahme deshalb in der Prioritätenliste der Staatsregierung nach unten. Ich finde das schade.

Wie sieht es denn sonst mit den Leistungen für bayerische Bürger, die Hilfe brauchen, aus? Und wie sieht es mit Leistungen für diejenigen, die anderen helfen, aus? – Obwohl der Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im kommenden Doppelhaushalt um knapp 10 % auf insgesamt 4,4 Milliarden Euro wächst, gibt es immer noch zahlreiche Bereiche der sozialen Infrastruktur, die chronisch unterfinanziert sind. Hier ließen sich bereits mit kleinen Beiträgen strukturelle Verbesserungen erreichen. Ich erwähne hier stellvertretend für viele andere Möglichkeiten die von uns geforderte Erhöhung der staatlichen Förderung der seit Jahren chronisch unterfinanzierten Insolvenzberatung in Bayern um eine Million Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich jedoch auch gefragt, ob eine Million Euro zu viel sind, wenn sogar für das Sonderinvestitionsprogramm "Bayern - Barrierefrei 2023" nur 20 Millionen Euro an zusätzlichem Geld und für die Energiewende, wie wir gestern gehört haben, nur 10 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Die Fallpauschalen für die außergerichtliche Schuldenbereinigung wurden seit 1999, also seit 15 Jahren, nicht mehr angepasst. Allein die Personalkosten sind in diesem Zeitraum um fast 30 % angestiegen. Die wachsende Finanzierungslücke muss von den Trägern der Insolvenzberatung oder den Kommunen ausgeglichen werden, bei steigenden Fallzahlen und gewachsenen Aufgaben.

Als weiteres Beispiel nenne ich die Zuschüsse für die Ehe- und Familienberatung. Die staatliche Unterstützung hierfür wurde seit 2009 nicht mehr an die höheren Personalkosten und den steigenden Beratungsbedarf angepasst. Zumindest für das Jahr 2015 ist aber ein Licht am Horizont zu sehen. Der Fördertopf für 115 bayerische Ehe- und Familienberatungsstellen wurde um 500.000 Euro aufgestockt. Allerdings wird sich spätestens beim Nachtragshaushalt des Jahres 2016 erneut das Problem stellen, ob die Aufstockung der Mittel Bestand hat. Dann werden wir sehen, ob sich das Licht am Horizont als schnell sinkende Sternschnuppe erweist oder tatsächlich dauerhaft wenigstens ein bisschen glimmt.

Liebe Kollegen, wir geben Ihnen allen heute die Möglichkeit, noch einmal Stellung zu beziehen und die vielen guten Anträge, die wir und die Kollegen von den Oppositionsfraktionen gestellt haben, zu beurteilen. Sie können nicht nur Stellung beziehen, sondern auch zeigen, wie viel Geld Ihr soziales Gewissen Ihnen in diesen Feldern Wert ist.

Meine Vorrednerinnen haben auch zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Armut gesprochen. Viele Aspekte davon sind Bundesthemen; aber auch dort sind Sie zuständig. Die Auswirkungen sind hier in Bayern zu spüren. Daher lautet mein Appell: Tun Sie etwas!

Eine Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sie mit ihren schwachen Mitgliedern umgeht. Damit hat Kollege Fackler von der CSU vorhin begonnen, und damit beende ich meine Ausführungen. Ich bitte Sie, diese Haltung in die Tat umzusetzen und den Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat der Kollege Joachim Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, einen persönlichen Dank quasi in eigener Sache auszusprechen. Da ich krankheitsbedingt in diesem Jahr einige Zeit ausgefallen bin, möchte ich mich zunächst bei meiner Stellvertreterin Angelika Weikert und auch beim Kollegen Hermann Imhof sehr herzlich bedanken,

(Allgemeiner Beifall)

dass sie nahtlos und in einer menschlich sehr angenehmen, solidarischen Art die Vertretung übernommen und das Miteinander gepflegt haben. Das ist auch für die weitere Zusammenarbeit eine gute Grundlage.

Zu einer effektiven Arbeit in einem Ausschuss gehört aber auch, dass man sich sachlich mit Themen auseinandersetzt. Frau Kollegin Weikert, in der Tat kann man das mit Ihnen in sachlicher Weise tun. Gestatten Sie mir, zu Ihrem Beitrag nur eines zu ergänzen – dabei erinnere ich mich an die Aktuelle Stunde, die vorletzte Woche stattgefunden hat -: Wir unterstützen den Mindestlohn, und wir stehen zu ihm. Das sage ich ganz deutlich. Jedoch ist es problematisch, dafür treu nach deutscher Art einen Kontrollmechanismus aufzubauen und 1.600 zusätzliche Stellen vorzusehen, die im ganzen Land eine Bürokratie entwickeln und die Betriebe nicht mehr atmen lassen. Es ist zu bezweifeln, dass das tatsächlich so effektiv ist, wie gedacht. Zugleich gibt es auf der Bundesebene einen großen Stellenbedarf, zum Beispiel beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hier müssen die Prioritäten richtig und effektiv gesetzt werden. Es ist notwendig, kritisch zu hinterfragen, ob das richtig gemacht worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle nur noch zwei grundsätzliche Bemerkungen zu dem, was die Kollegin Schmidt vorgetragen hat. Sie äußert sich zwar im Ausschuss sehr sachlich, aber in dieser Aussprache konnte ich diese Sachlichkeit nicht wahrnehmen. Frau Kollegin Schmidt, Sie fordern, dass wir zusätzliche Leistungen für Taubblin-

de erbringen sollen. Das einschlägige Gesetz ist bereits vorletztes Jahr geändert worden. Für Taubblinde gilt der doppelte Satz des Blindengeldes. Deswegen fordere ich Sie auf: Bleiben Sie bei der Wahrheit, oder informieren Sie sich, wenn Sie so etwas behaupten! Dieser Tonfall zieht sich durch Ihren ganzen Beitrag hindurch. So kann man nicht miteinander diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Mich ärgert besonders, dass Sie davon sprechen, wir würden den Asylbewerbern drohen. Hier droht niemand. Wenn Sie – nicht nur Sie persönlich – Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus wie gestern Abend diffamieren, steht das im Widerspruch zu der Aussage, die Sie in diesem Zusammenhang getroffen haben. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben, meine Damen und Herren.

Die bayerische Sozialpolitik, wie sie von der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung verstanden wird, ist nicht in erster Linie nur ein Korrekturbetrieb gesellschaftlicher Entwicklungen. Sozialpolitik ist vor allen Dingen dafür vorgesehen, Menschen aus unterschiedlichen Schichten und mit unterschiedlichen Begabungen Perspektiven zu geben, damit sie ein menschenwürdiges Leben selbst gestalten können. Das heißt vom Grundsätzlichen her Hilfe zur Selbsthilfe. Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ihr Leben zu meistern, und das Subsidiaritätsprinzip soll in unserem Land zum Gesellschaftsmodell gemacht werden. Ich möchte an dieser Stelle den Selbsthilfeinitiativen, den Bürgerinitiativen, den Freien Wohlfahrtsverbänden, der kommunalen Selbstverwaltung und den Familien in unserem Land danken und der Perspektive Ausdruck verleihen, dass sie ihre Dinge selbstständig und kompetent erledigen können. Da kann man nicht hineinregieren. Das gilt auch für Formulierungen, die in der CSU diskutiert worden sind. Es ist notwendig, dass Subsidiarität auch tatsächlich vollzogen wird. Ich danke den Wohlfahrtsverbänden, der Selbsthilfe und der kommunalen Selbstverwaltung sowie dem bürgerschaftlichen Engagement im Freistaat Bayern. Ein herzliches "Vergelts Gott"! Ohne sie wäre der Sozialstaat wesentlich ärmer.

Meine Damen und Herren, Solidarität brauchen vor allen Dingen diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind und sich nicht selbst helfen können. Die grundsätzlichen Zielrichtungen müssen in gesellschaftliche Entwicklungen eingebettet sein, die wir zu berücksichtigen haben und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. So müssen wir auf die demografische Entwicklung mit einem zunehmenden Anteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger reagieren. Wir müssen aber auch die Jugend stärken; denn nur wenn wir das Miteinander der Generationen in den Vordergrund rücken, wird sich die Gesellschaft positiv weiterentwickeln können.

Die Globalisierung mit ihren positiven und negativen Folgen zieht unser Land und unsere sozialen Strukturen in den Bann. In diesem Zusammenhang müssen wir uns vor allen Dingen mit den negativen Entwicklungen auseinandersetzen. Die Digitalisierung und die Medienvielfalt sind positiv zu bewerten. Sie haben aber, gerade was die Kindesentwicklung anbelangt, im Alltag nicht immer nur den gewünschten positiven Einfluss. Deshalb ist es notwendig, eine vernünftige Medienkompetenz zu unterstützen.

Die vierte generelle gesellschaftspolitische Herausforderung sind die Flüchtlingsströme. Sie wird nicht nur bei der Unterbringung, sondern auch in der Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationsarbeit zu neuen Ansätzen beitragen. Wir hören hier manches kritische und nachdenkliche Wort aus den Fachbereichen, und das muss die Sozialpolitik berücksichtigen. Die CSU-Landtagsfraktion und die Bayerische Staatsregierung versuchen – der Kollege Fackler hat darauf dankenswerterweise hingewiesen –, diese Entwicklung zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Themen ansprechen. Die Entwicklungen bedeuten, Familien in ihrem Lebensraum zu unterstützen. Wir sichern im Gegensatz zu der öffentlichen und auch von der Opposition immer wieder betriebenen Diffamierung der betroffenen Menschen finanzielle Leistungen. Das Lebensgefühl der Familien und manche Aussagen der Opposition passen absolut nicht zusammen.

Das Landeserziehungsgeld ist eine ergänzende Leistung zum Elterngeld. Wir streben an, wie es auch in der Regierungserklärung dargestellt worden ist, diese Leistung weiterzuentwickeln. Das so viel kritisierte Betreuungsgeld ist gerade in Bayern ein absolutes Erfolgsmodell. Es wird zu einem sehr hohen Prozentsatz angenommen. Studien, in denen kritisiert wurde, dass das Erziehungsgeld von den Familien nicht akzeptiert wird, sind vor der Zeit erstellt und veröffentlicht worden, in der das Betreuungsgeld noch nicht eingeführt war. Da werden Tatsachen verschleiert, und es ist notwendig, sich mit den Tatsachen objektiv auseinanderzusetzen. Vor allen Dingen ist die Lebenswirklichkeit der Familien aufzugreifen und zu unterstützen.

Bayern ist auch bei den Vätermonaten Spitzenreiter. Das zeigt, dass der partnerschaftliche Ansatz in den Beziehungen bayerischer Familien Realität ist. Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist nicht nur eine Frage gelingender Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Kinder. Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist hier ein flexibles Instrument, wobei wir Planungssicherheit, aktuelle Anpassung und Qualitätssicherung in den Kindertagesstätten miteinander verknüpfen müssen. Dies ist eine lohnende Aufgabe.

Eine günstige Regelung bei den Fehlzeiten hat es durch eine gemeinsame Initiative von Frau Staatsministerin Emilia Müller und dem Parlament ermöglicht, sie im Sinne einer Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erhöhen. Wir verlangen aber – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass dies unbürokratisch erfolgt und die Regelung bei den Einrichtungen voll zum Tragen kommt. Das ist notwendig, um die Rahmenbedingungen und die Planungssicherheit in den Einrichtungen zu verbessern.

Ein besonderes Anliegen muss uns angesichts des rasanten quantitativen Ausbaus eine Krippenpädagogik sein, die auf die aktuellen Herausforderungen besonders eingeht. Für mich kommt das oft zu kurz, Kolleginnen und Kollegen. Wir bauen rasant aus, fragen uns aber nicht, wie es inhaltlich pädagogisch weitergeht. Es ist dringend notwendig, auch das in den Blick zu nehmen.

Ich möchte an dieser Stelle auch, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein und Frau Kollegin Brendel-Fischer, eine Lanze für die Horte brechen, die mehr als nur ein Überbleibsel aus der Zeit mit Ganztagesschulbetrieb sind. Sie sind ein flexibles, nicht an den Schulferien orientiertes Modell, das vor allen Dingen auf sozialpädagogische Schwerpunkte Wert legt. Wir brauchen diese Einrichtungen auch in Zukunft, meine Damen und Herren.

Die Familien stehen infolge der geschilderten Entwicklungen vor großen Herausforderungen. Vor allen Dingen müssen Familien, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, durch Familienbildung, Familienstützpunkte, Familienzentren und Erziehungsberatung gefördert werden. Für alles finden wir im Haushalt Ansätze. Sie müssen gegebenenfalls in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden.

Mit dem Asylgipfel und der Weiterentwicklung der Asylsozialarbeit wird auf die Flüchtlingsströme in besonderer Weise Rücksicht genommen. Ich darf an dieser Stelle den Helferinitiativen, dem ehrenamtlichen Engagement in unserem Land, den Wohlfahrtsverbänden und dem kirchlichen Engagement, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium, in den Regierungen und in den sonstigen Behörden ein Dankeschön sagen.Die Herausforderungen, die zu meistern sind, sind zwar eine Verpflichtung, aber man kann den Menschen auch einmal ein "Vergelts Gott!" sagen. Das sind wir ihnen schuldig, und das gehört zur Kultur in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonderes Anliegen müssen uns die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sein. Die Herausforderung in diesem Zusammenhang habe ich schon angesprochen, was die Kinder- und Jugendhilfe anbelangt.

Jetzt lassen Sie mich, Frau Kollegin Celina, das Thema Barrierefreiheit ansprechen: Wenn wir als Haushaltsgesetzgeber objektiv über 200 Millionen als ersten Einstieg – man muss das ausdrücklich sagen; das wird ja im Haushalt fortgesetzt – für Barrierefreiheit zur Verfügung stellen, dann ist das doch ein guter Einstieg. Wenn Sie dann

davon sprechen, wir würden das Ziel nicht erreichen, sehe ich Sie, obwohl ich Sie sehr schätze, als Kassandra, die angestoßene positive Entwicklungen nicht akzeptiert. Die Barrierefreiheit wird in diesem Programm entscheidend fortgesetzt.

Eines darf ich in diesem Zusammenhang auch sagen: Es ist notwendig, als bayerischer Gesetzgeber beim Bundesteilhabegesetz selbst einen Akzent – auch wenn es sich um eine Bundesangelegenheit handelt – zu setzen. Wir werden das mit einer Anhörung tun und werden uns entsprechend einbringen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Joachim Unterländer (CSU): Hinterher.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Also, Frau Kollegin Celina, Sie können hinterher eine Zwischenbemerkung machen.

Joachim Unterländer (CSU): Ich unterstütze ausdrücklich alle Initiativen, die die Bekämpfung der Altersarmut, die eine große Herausforderung ist, erfolgreich ermöglichen.

Ich möchte auch noch ein Wort zur Frauenpolitik sagen: Die CSU-Fraktion steht in Gänze zu einer Förderung der Frauenhäuser und der proaktiven Gestaltung dieser Einrichtungen. Wir sagen auch dafür ein herzliches "Vergelts Gott!". Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der bayerischen Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend gilt es, dem sozialen Bayern Dank zu sagen. Das soziale Bayern sind das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales mit seiner Verwaltung, an der Spitze Frau Staatsministerin Emilia Müller und Ministerialdirektor Höhenberger, denen wir besonders für ihre umsichtige und differenzierte Politik danken.

(Beifall bei der CSU)

Der Freien Wohlfahrtspflege, ohne die es ein soziales Bayern nicht gäbe, gilt ebenso unser Dank. Danke an die Wohlfahrtsverbände und vor allen Dingen an die Mitarbeiter! Danke an die Selbsthilfegruppen, das bürgerschaftliche Engagement und vor allen Dingen die vielen Bürgerinitiativen, die nicht nur in Bezug auf Flüchtlinge Menschen in Not helfen. Dank auch an das Hohe Haus, an die Kolleginnen und Kollegen im sozialpolitischen Ausschuss, im Haushaltsausschuss und vor allem an Herrn Kollegen Fackler als Berichterstatter. Ein Dankeschön auch an die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, die sich wesentlich einbringt. Dank auch unserem Beauftragten für Integration und Flüchtlinge, der mit unkonventionellen Vorschlägen die Diskussion belebt. Ein herzliches Dankeschön an Martin Neumeyer. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, wir haben noch zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen. Die eine stammt von Frau Celina und die nächste von Herrn Kollegen Tasdelen. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege Unterländer, auch ich schätze Sie sehr. Ich bemängle aber, dass die Bayerische Staatsregierung den Anschein erweckt, für Barrierefreiheit ein Riesensonderinvestitionsprogramm zu starten. Tatsächlich werden längst bekannte Ziele und längst bekannte Gelder dafür hergenommen, während die Kommunen und die Träger, die zusätzliches Geld bräuchten, im Regen stehen gelassen werden.

Joachim Unterländer (CSU): Ich habe, Frau Kollegin Celina, vorhin darauf hingewiesen, dass die Schaffung der Barrierefreiheit eine Aufgabe des Staates ist. Das gilt für die eigenen staatlichen Dienststellen und Behörden. Es ist aber auch eine Aufgabe der Gesellschaft, wenn es zum Beispiel um die Barrierefreiheit in den Medien oder in der Verwaltung geht. Es handelt sich nicht nur um eine Frage des Betons. Es ist eine Aufgabe der Träger, für die es selbstverständlich auch Bezuschussungen gibt. Diese

Zuschüsse finden sich aber in anderen Haushaltsstellen wieder, um auf diese Weise die Barrierefreiheit zu ermöglichen.

Es wäre auch schlecht, wenn dies nur auf staatliches Handeln begrenzt wäre. Es ist dringend notwendig, eine gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, diese Barrierefreiheit in den Köpfen der Menschen herzustellen, damit die Schranken beseitigt werden. Dafür ist es notwendig, dass alle zusammenwirken. Der Staat tut es mit diesem Programm, und die Gesellschaft, das heißt die Verbände und die Organisationen, müssen es auch tun. Lassen Sie uns dieses Gemeinschaftswerk in diesem Sinne weiterentwickeln. Auch in den kommenden Jahren sind weitere Investitionen notwendig, um das Ziel bis zum Jahre 2023 zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Tasdelen das Wort. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Unterländer, Sie haben im Zusammenhang mit dem Mindestlohn gesagt, wir würden eine Bürokratie aufbauen, die ziemlich unnötig sei, und würden damit nicht nur diejenigen verunsichern, die das kontrollieren müssen, sondern auch die Betriebe, die das umsetzen müssen.

Ich war viele Jahre in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beschäftigt und habe dabei das Problem gesehen. Wenn wir zum Beispiel Gebäudereiniger kontrolliert haben, dann wussten wir nicht, ob es sich um einen Fall von Mindestlohn handelt, der allgemeinverbindlich ist, oder ob kein Mindestlohn gezahlt werden muss. Es war unklar, ob es dafür irgendwelche Verordnungen gibt. Der Arbeitgeber war verunsichert, weil er nicht wusste, ob es sich um einen Gebäudereiniger handelt oder um jemanden, der mehr Böden reinigt oder mehr Fenster putzt. Insofern war die Verunsicherung groß. Das bedeutet: Diese Regelung eines klaren Mindestlohns ist sowohl für diejenigen, die es kontrollieren müssen, als auch für diejenigen, die das als Arbeitgeber umsetzen

müssen, eine ziemlich eindeutige Geschichte. Jeder muss sich daran halten, und es gibt keine Ausnahmen. Insofern ist das aus Sicht eines Kontrolleurs eher eine Erleichterung.

Deswegen habe ich nicht verstanden, inwiefern dort ein Mehrbedarf an Bürokratie besteht. Vielleicht können Sie mir das erklären. Fakt ist, dass wir durch den Mindestlohn mehr Bedienstete brauchen, die das kontrollieren. Falsch ist, dass es mehr Bürokratie gibt. Vielleicht können Sie mir das erklären; ich habe es als Praktiker noch nicht verstanden, warum in diesem Zusammenhang ein Bürokratiemonstrum aufgebaut werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Kollege Tasdelen, wenn für ein Vorhaben in der für die Schwarzarbeitsbekämpfung zuständigen Zollverwaltung 1.600 Stellen geschaffen werden, wenn Verordnungen und Richtlinien mit immensen Fragebögen aufgelegt werden, die kleine und mittelständische Betriebe in besonderer Weise herausfordern, müssen wir uns überlegen, ob das berechtigte Ziel, den Mindestlohn umzusetzen, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, so richtig praktiziert und umgesetzt wird oder ob das vielleicht in einer Art und Weise passiert, dass man einen Verwaltungsapparat aufbaut, den man auch in anderen Teilen der Bundesverwaltung in besonderer Weise benötigt, ohne dass man das Ziel der Realisierung des Mindestlohns deswegen in Abrede stellt. Vielmehr ist es so, dass es ein abgestuftes Verfahren bei der Einführung des Mindestlohns gibt. Sie selbst wissen, wie die Regelung gefasst worden ist.

Die Strukturen, die geschaffen worden sind, sind klar und nachvollziehbar. Ob man für die Kontrolle einen so großen Apparat braucht, möchte ich noch hinterfragen. Ich sage Ihnen auch: Das werden wir kritisch begleiten und prüfen, ob das in dieser Form not-

wendig ist, um das Ziel zu erreichen. Das hat nichts mit Laxheit zu tun. Das hat mit einer vernünftigen Umsetzung eines Gesetzes zu tun. Ich habe meine Zweifel, wenn die Bürokratie im Vordergrund steht. Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich und die SPD-Fraktion heißt gute Familienpolitik, Männern und Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, sich für Familie zu entscheiden, sie in ihrem Alltag zu entlasten, ihnen in ihrer Lebensplanung beizustehen und sie zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns gehört zu einer guten Familienpolitik insbesondere auch die Vereinbarkeit von beruflichem Engagement und Familienleben. Dabei müssen allen Kindern von Anfang an gleiche Bildungschancen ermöglicht werden. Als familienpolitische Sprecherin meiner Fraktion möchte ich gerne zu Beginn an das A anknüpfen, das Angelika Weikert vorher in ihrem Redebeitrag als eines der drei Säulen der Sozialpolitik angeführt hat: Das A steht für das Aufwachsen von Kindern. In Krippen, Kindergärten, Kinderhäusern und all den Kitas wird der Grundstein für eine gelingende Entwicklung, für die Fähigkeit, stabile Bindungen einzugehen, für späteren Bildungserfolg und nicht zuletzt für den zukünftigen sozioökonomischen Status gelegt. Die Erhöhung der staatlichen Mittel für den Bereich frühkindliche Bildung ist daher ein längst überfälliger Schritt; denn Investitionen – das betonen immer alle in diesem Hohen Haus – in die Lebensphase unserer Jüngsten zahlen sich für die Zukunft in jeder Hinsicht aus. Sie aber haben die Kitas in Bayern, die Erzieherinnen und Erzieher, die eine so wertvolle Arbeit leisten, in den vergangenen Jahren ganz schön im Regen stehen lassen, obwohl diese täglich bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich

allen Erzieherinnen und Erziehern, allen Leiterinnen und Leitern, allen Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern und allen Engagierten in den Kitas meinen ganz herzlichen Dank für ihre tägliche engagierte Arbeit ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

In der Vergangenheit hat die Anhebung des Basiswerts den Kindertageseinrichtungen keine finanziellen Spielräume eingeräumt – im Gegenteil. Herr Unterländer, ich mache einen kleinen Schwenk zu Ihrer Aussage. Die Initiative zur Abschaffung der Fehlzeitenregelung kam von der SPD-Fraktion in Verbindung mit einigen anderen Fraktionen im sozialpolitischen Ausschuss. Das war nicht primär die Initiative der Ministerin. Selbstverständlich wurde das auf der ausführenden Ebene weiter vorangetrieben, aber die Initiative kam vom Ausschuss. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das zu einer Zeit war, zu der Sie vielleicht nicht anwesend waren. Das wollte ich noch einmal zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Summen, von denen wir heute sprechen und die der Freistaat in den kommenden beiden Jahren in die frühkindliche Bildung investieren wird, werden im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen nicht wirklich hoch finanziert. Der Anteil der Gesamtausgaben für die frühkindliche Bildung beträgt lediglich 13 % aller Ausgaben im Bildungshaushalt. Die zusätzlichen Gelder, die der Freistaat nun für mehr Qualität einsetzen möchte, gehen leider auf Kosten der Eltern. Ihnen wurde eine Beitragsentlastung für das zweite, das mittlere Kindergartenjahr versprochen. Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung beitragsfreie Kindertagesbetreuung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ob und wie diese Mittel den Kitas und somit letztendlich den Kindern zugutekommen werden, wird sich noch zeigen. Solange die Zusage der Kommunen, den optionalen Basiswert in gleicher Höhe mitzufinanzieren, noch nicht verbindlich steht, kann es am

Ende sein, dass manche Kitas leer ausgehen werden. Dann wird die Schere der Qualitätsentwicklung wirklich weit auseinandergehen. Das hätte mit gleichwertigen Lebensbedingungen in unserem Land nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Kreuzer ist jetzt nicht da. Ich wollte so gerne noch einmal Bezug auf seine Rede am ersten Haushaltstag vorgestern nehmen, in der er sagte, die Staatsregierung werde alles umsetzen, was vor der Wahl im September 2013 versprochen worden sei, und zwar konsequent. An dieser Aussage werden wir ihn und Sie, liebe CSU, auch messen. Heute sprechen wir erst von einem Doppelhaushalt. Vielleicht ist die Beitragsermäßigung nur verschoben und nicht ganz aufgehoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf unseren bereits gestellten Antrag zur Anhebung der Gewichtungsfaktoren zur besseren Finanzierung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren, also der Krippenkinder, und vor allem auch zur Anhebung der Finanzierung von Kindern mit Behinderung für eine bessere Inklusion in unseren Kindertageseinrichtungen eingehen. Der Antrag konnte sich mehrheitlich nicht durchsetzen. Deshalb haben wir ihn erneut als Haushaltsantrag eingebracht. Die CSU setzt jedoch auf Kostenneutralität bei der Qualitätsentwicklung. Ich stelle wirklich die Frage: Wie kann Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen kostenneutral über die Bühne gehen? - Das leuchtet mir nicht ein.

Bevor Sie uns vorwerfen, wir hätten keinen Gegenfinanzierungsvorschlag zu unseren Forderungen eingebracht, möchte ich Folgendes zum Abschluss sagen: Meiner Fraktion hätte es gut gefallen, wenn die zur Verfügung stehenden freien Mittel aus den BAföG-Geldern zu einem Drittel oder wenigstens zu einem Viertel auch in die frühkindliche Bildung geflossen wären; denn wir verorten Bildung auch bei den Kindern unter sechs Jahren. Das wäre wirklich ein Fortschritt gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre für Bayern wirklich innovativ gewesen. Die Entscheidung ist jedoch bereits getroffen worden, leider nicht für die Jüngsten unserer Gesellschaft.

Am Ende möchte ich nicht verpassen, allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen im sozialen Bereich zu danken. Mit Ihnen gemeinsam werden wir es schaffen, diesen Bereich für die Zukunft positiv zu entwickeln. Ich danke auch Herrn Vorsitzenden Unterländer und der Stellvertretung Angelika Weikert für die gute Zusammenarbeit. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Herr Kollege Vogel hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Rauscher, gerade haben Sie die Anträge, die im sozialpolitischen Ausschuss beraten worden sind, zitiert. Heute haben Sie die Änderungen zum Sozialhaushalt eingebracht. Als CSU-Fraktion werden wir diese Änderungen ablehnen.

(Doris Rauscher (SPD): Das wissen wir schon!)

Das geschieht letztendlich in Übereinstimmung mit Ihrem sogenannten Haushaltsexperten Volkmar Halbleib. Ich zitiere die "Main-Post" von heute: "Trotz üppiger Steuermehreinnahmen lebe der von der Staatsregierung vorgelegte Haushalt für die Jahre 2015 und 2016 von der Substanz, kritisiert Halbleib: ‚Für mich ist das keine seriöse Haushaltspolitik.'" Das sagt der SPD-Haushaltsexperte Halbleib.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist aus dem Zusammenhang gerissen, Herr Kollege!)

Sie haben im sozialpolitischen Ausschuss Anträge für die Verbesserung der Finanzierung der Kindertagesstätten in Höhe von 770 Millionen Euro vorgelegt. Ich halte es insoweit für doppelzüngig, wenn man der Staatsregierung auf der einen Seite eine un-

seriöse Haushaltspolitik vorwirft, andererseits aber Anträge im sozialpolitischen Ausschuss und im Plenum im Umfang von 770 Millionen Euro stellt. Wir sehen Schuldenberge nicht als ausreichende Perspektive für die junge Generation. Der Ausblick, Schuldenberge zu haben, ist fatal.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sagen die Landesbank-Experten!)

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Ich sage Ihnen eines: Für uns ist das keine seriöse Haushaltspolitik. Wir haben das Ganze im Blick.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jeden Tag eine Million Euro Zinsbelastung! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Ich wollte eine abschließende Zwischenbemerkung machen. Sollen wir die Zinsen weglassen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte lassen Sie den Redner ausreden. Er hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, die er zu Ende bringen soll. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) So ist es. Es ist doppelzüngig, die Staatsregierung auf der einen Seite für die Haushaltspolitik zu kritisieren, weil das Haushaltsvolumen zu groß ist, und auf der anderen Seite immer mehr für jeden Bereich zu fordern.Das erinnert mich an Goethe, der in "Faust - Der Tragödie erster Teil" gute Literatur geschrieben hat. Ich dichte um: Doch in den allerneuesten Jahren die SPD nicht mehr gewohnt zu sparen und, wie ein jeder böser Zahler, weit mehr Begierden hat als Taler, da bleibt dem Bürger viel zu dulden, dort, wo die SPD regiert, nur Schulden.

(Doris Rauscher (SPD): So, haben wir es jetzt?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Frau Kollegin Rauscher das Wort. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, ich habe schon fast auf Sie gewartet und danke für Ihren Redebeitrag. Ein kleiner Hinweis: Wir befinden uns heute in den Beratungen des Doppelhaushalts und nicht im sozialpolitischen Ausschuss. Die Anträge zum Doppelhaushalt haben wir, weil wir wussten, dass Ihnen der Happen, der gefordert wurde, zu groß ist, in kleinere Häppchen aufgeteilt, damit dies leichter zu verdauen ist. Wir haben uns auf zwei gezielte Anträge konzentriert, die nicht 700 Millionen Euro oder einen Betrag in dieser Größenordnung umfassen, sondern nach einer Hochrechnung etwa 55 Millionen Euro. Das ist überschaubar. Dazu haben wir eine Gegenfinanzierung vorgelegt, zu der aus genau einem Grund keine gezielte Initiative kam: Weil im Vorfeld feststand, wie die CSU mit den Geldern umgehen möchte. Wie gesagt also: Wir sind in den Haushaltsberatungen, nicht im sozialpolitischen Ausschuss. Das Antragspaket mit acht Anträgen ist bereits im Juni beraten und abgelehnt worden.

Gerade wurde schon durch Zwischenrufe auf etwas hingewiesen. Ich möchte an die Landesbank erinnern. Ich möchte auch an die Debatte – ich glaube, sie fand gestern statt – erinnern, in der gesagt wurde, dass wir bei den Finanzämtern nicht ausreichend Stellen besetzen, weil Sie unserem Vorschlag nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten jährlich Millionen Euro an Steuergeldern generieren. Das würde auch im sozialpolitischen Bereich eine Weiterentwicklung ermöglichen. Es geht nicht um unrealistische Haushaltsplanung, sondern es geht um eine verantwortungsvolle Sozialpolitik – das möchte ich Ihnen gar nicht komplett absprechen.

Wir beide kabbeln uns gerne, wenn es um die Kitas geht. In der Zeit, in der ich in diesem Haus Abgeordnete bin, möchte ich bis zu dem Punkt kommen, an dem wir beginnen, das Männchen endlich einmal vom Kopf auf die Beine zu stellen und viel Geld für die Jüngsten einzusetzen, damit wir am Ende nicht bei der Jugendhilfe aufgrund von Reparaturmaßnahmen hohe Ausgaben haben, was sich momentan abzeichnet. Herr

Unterländer, es ist einfach so. Ich bin völlig davon überzeugt, dass wir einen Systemwechsel brauchen. Dieser muss im Grunde schon bei den Kindern ab der Geburt beginnen. Wenn wir uns schon in Bayern für mehr Betreuung und auch mehr Fremdbetreuung der Kinder einsetzen und dies letztlich bei allen Fraktionen ankommt, dann müssen wir auch Sorge dafür tragen, dass diese Kinder erhalten, was sie für eine gute Entwicklung benötigen. So weit sind wir noch nicht. Ich rede auch keine Erzieher schlecht – falls Sie sich gleich noch einmal zu Wort melden wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die zwei Minuten erinnern?

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Es geht um eine vernünftige Entscheidung, die einfach nur angemessen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Hans Jürgen Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Jahre 1949 wurde in Bayern als erstem Bundesland das Landesblindengeld eingeführt. Das ist eine sehr positive Sache gewesen. Allerdings – das wurde in den letzten Wochen diskutiert – gibt es noch Probleme, zum Beispiel eine Versorgungslücke bei hochgradig sehbehinderten Menschen, deren Sehschärfe beim besseren Auge nicht mehr als 5 % beträgt. Hier geht es um circa 12 Millionen Euro. Diese Gelder sollten wir insgesamt einmal schultern, da es um die Schwächsten der Gesellschaft geht.

Ein zweiter Punkt betrifft die Barrierefreiheit. Frau Celina hat dazu eigentlich schon alles Wesentliche gesagt. Ich muss hinzufügen: Im letzten Jahr gab es ein Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung. Von diesem Versprechen – das haben wir in den letzten Monaten bemerkt –, von diesen 1,3 Milliar-

den Euro ist relativ wenig übrig geblieben. Man muss auch sagen: Ein gegebenes Versprechen ist wie eine unbezahlte Schuld. Jetzt bemerke ich – das ist vielleicht sogar positiv –, dass Sie von der CSU inzwischen auch gemerkt haben, dass die Barrierefreiheit wichtig ist und dass man etwas tun muss. Deswegen ist in fast jedem Redebeitrag eines CSU-Abgeordneten auch das Thema Barrierefreiheit enthalten. Das ist insgesamt positiv.

Ich darf an dieser Stelle Frau Badura zitieren, die Behindertenbeauftragte. Sie hat gesagt: Inklusion ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Angesichts der 42,2 Kilometer und des atemberaubenden Tempos dieser Staatsregierung fragt man sich, ob wir das Ziel noch in diesem Jahrhundert erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein positiver Punkt ist – das will ich zur CSU-Fraktion sagen –, dass die Mittel für die Vertriebenenverbände erhöht wurden. Das unterstützen wir, und das haben wir auch im Haushaltsausschuss unterstützt. Bei dieser Gelegenheit sage ich auch, dass wir unterstützen, dass der bayerische Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Zukunft weitergeführt wird. Das ist eine positive Sache. Die Erfahrungen waren sehr, sehr gut.

Punkt Nummer 3 wurde bisher noch nicht angesprochen, ist aber sehr wichtig. Das Jahr 2014 begann sehr positiv. Das Ehrenamt, meine Damen und Herren, wurde in unsere Verfassung aufgenommen. Auch in Grußworten wird immer wieder darauf hingewiesen. Wir wissen: Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Ein Beispiel: Beim Hochwasser des letzten Jahres waren 78.000 Ehrenamtliche insgesamt 1 Million Stunden im Einsatz. Wenn man weiß, dass der Einsatz von 1 Euro im Ehrenamt einen gesellschaftlichen, einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 7,24 Euro bringt, weiß man auch, wie wichtig das Ehrenamt ist. Wir stellen dann aber bei Haushaltsanträgen fest: Da wird ein Beschluss des Landtags, einen bayerischen Innnovationspreis mit 100.000 Euro auszuloben, einfach nicht umgesetzt, obwohl das

im Landtag schon beschlossen wurde. Das ist nicht darstellbar. Herr Fackler, Sie haben gesagt, die Anträge der Opposition seien nicht darstellbar. 100.000 Euro für einen Innovationspreis für das Ehrenamt sind darstellbar. Für diese Menschen ist es wichtig und notwendig, dass ihnen auch einmal etwas Positives zurückgegeben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag zur Ehrenamtskarte wird überall gelobt. Die finanzielle Förderung muss aber noch verstärkt werden. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass große Städte wie zum Beispiel München nicht mitmachen.

Wir haben auch einen Antrag zum Anliegen gestellt, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement aufgrund gestiegener Lohnkosten mit schlappen 30.000 Euro zusätzlich zu unterstützen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir meinen, dass diese Erhöhung darstellbar wäre. Für uns ist es blamabel, dass dies im Haushaltsausschuss abgelehnt wurde. Deshalb haben wir diesen Antrag heute hochgezogen, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt ist die Flüchtlingspolitik. Ich kann aufgrund der knappen Zeit nur kurze Ausführungen machen. 2014 gab es eine Bilanz des Versagens. Das haben nicht nur wir gesagt. Das stand zum Beispiel auch am 16. Oktober in der "Abendzeitung". Alle sagen das. Langsam ist dann die Staatsregierung auf Trab gekommen und hat vor dem Hintergrund des Winters und der Tatsache, dass mehr und mehr Flüchtlinge kamen, jetzt einiges gemacht. Hier auch von unserer Seite her herzlichen Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die sich super einsetzen. Von unserer Seite – das ist ganz wichtig – auch ein Dank an die Kommunen, die die Unterbringung gut organisierten und organisieren und die Defizite der Staatsregierung ausbügelten oder ausbügeln, meine Damen und Herren.

Drei Punkte sind für uns noch nicht richtig umgesetzt. Ich bin gespannt, was die Frau Sozialministerin dazu sagt. Die Asylsozialberatung ist weiterhin personell unterbesetzt.

Welchen Betreuungsschlüssel haben wir jetzt? Herr Fackler hat 1 : 100 gesagt. Es wäre super, wenn wir in allen Unterbringungen einen solchen Schlüssel hätten.

(Zuruf von der CSU: In den Erstaufnahmeeinrichtungen!)

– Sie sagen, nur in den Erstaufnahmeeinrichtungen; Herr Fackler hat aber gesagt, in allen Einrichtungen. Wir merken im Moment, dass nicht einmal ein Schlüssel von 1 : 150 umgesetzt ist. Diese Umsetzung ist wichtig; wir brauchen sie noch.

Wir brauchen eine flächendeckende Förderung von Sprachkursen. Wir sind noch meilenweit davon entfernt. Es gibt einen Landtagsbeschluss, dass Sprachkurse flächendeckend stattfinden sollen. Frau Ministerin Müller teilte mir aber mit, aufgrund der vorhandenen Haushaltsmittel ist nur eine eingeschränkte Zahl von Kursen möglich. Für Aschaffenburg heißt das zum Beispiel, dass in einer GU 360 Personen sind, aber nur 25 einen Sprachkurs besuchen können. Das ist insgesamt zu wenig, meine Damen und Herren. Hieran müssen wir etwas ändern.

Von der CSU wurde im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik auch gebracht, dass wir Europa im Auge haben müssen. – Jawohl, das sagen wir schon lange. Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung in Europa. Es kann nicht sein, dass zehn Länder in Europa 80 % der Asylbewerber aufnehmen. Hierzu brauchen wir eine europäische Lösung. Natürlich appelliere ich immer wieder an den Bund. Im Bund ist die CSU auch in der Regierung. Tun Sie etwas dafür, dass die Lasten in Europa gerechter verteilt werden. Dies ist dann auch für uns insgesamt besser.

Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten versuchen, im Rahmen einer bayerischen und bundesdeutschen Flüchtlingspolitik auch die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Wir müssen mehr Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung von Arbeitsplätzen in den Fluchtländern schaffen, meine Damen und Herren.

Ein letzter Punkt, dann bin ich leider schon am Ende: Wir haben einfach zu wenige Angebote für eine Offensive zum Mehrgenerationenkonzept. Wir alle loben Mehrgene-

rationenhäuser, und dann heißt es bei Veranstaltungen immer: Da ist der Bund mehr gefordert! Aber auch der Freistaat müsste aktiver werden. Wir haben in Bayern 82 Mehrgenerationenhäuser, und nur 50 davon werden vom Freistaat mit jeweils 5.000 Euro gefördert. Warum nicht alle 82 Mehrgenerationenhäuser? Wir haben dazu einen Antrag gestellt, der insgesamt abgelehnt wurde. Mehrgenerationenhäuser haben einen ganz hohen gesellschaftlichen Wert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fazit: Wir haben 18 Anträge eingereicht – diese Anträge wurden abgelehnt. Insgesamt werden wichtige Bereiche wie Barrierefreiheit zu wenig angegangen. 70 % aller Bahnhöfe in Bayern sind nicht barrierefrei, meine Damen und Herren. Das merken Sie zum Teil auch als Abgeordnete, wenn Sie einen großen Koffer dabeihaben. Es ist dann richtig schwer, voranzukommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun – packen wir es an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Christine Kamm von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, dass wir eine strukturelle Reform in unserem Sozialhaushalt brauchen. Beispiel frühkindliche Bildung: Der Bund hat ein weiteres Programm zum Ausbau der Kitas beschlossen; das bayerische Sonderprogramm dagegen läuft aus. Viele Kommunen können es sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen aber nicht leisten, den erforderlichen weiteren Ausbau zu stem-

men. Es kann aber nicht sein, dass Kinder demnächst abgewiesen werden, weil der Ausbau fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fördern Sie mit einer Zustimmung zu unseren Anträgen den weiteren Ausbau – auch den Ausbau der Qualität, die Verbesserung des Personalschlüssels und eine bessere Honorierung von Kitas mit höherer Qualität, mit längeren Öffnungszeiten; entschlacken Sie dabei gleichzeitig Ihre unklugen bürokratischen Regelungen des BayKiBiG!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle von uns geforderten Verbesserungen können durch andere Lösungen bei den Themen Landeserziehungsgeld und beitragsfreies Jahr gegenfinanziert werden. Das wäre ein Schritt hin zu mehr Qualität und zu einer besseren Politik für Kinder in Bayern.

Ich komme zur Migrations- und Asylpolitik. Das Ehrenamt schenkt der Asylpolitik in Bayern ein menschliches Gesicht; Ehrenamt schenkt Bayern ein menschliches Gesicht. Insbesondere bei der Asylpolitik gilt: Geld allein reicht nicht. Es kommt auf die Haltung an.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Heute Morgen führte die Sozialministerin aus, dass die Mittel im Bereich Migration in keiner Weise ausreichen werden. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Fraktionsbeschlüssen folgen, laufen Sie also Gefahr, einen Haushalt zu beschließen, von dem zumindest die zuständige Ministerin schon weiß, dass er unrealistisch ist. Bessern Sie daher nach; folgen Sie unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte nicht unbedingt sagen, dass bei den Unterkünften Geld fehlt, hier könnte weitaus besser gewirtschaftet werden. Oft werden überteuerte Mieten für schäbige Im-

mobilien bezahlt. Das könnte besser sein; hier könnte mehr auf Qualität geachtet werden.

Insbesondere könnte das bayerische Unterbringungsgesetz geändert werden, das Flüchtlinge in Bayern zwingt, länger als in anderen Bundesländern in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen. Ich sage Ihnen eines, und das weiß ich ganz genau: Wohnungen sind weitaus preisgünstiger als viele dieser Unterkünfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu Ihrem sogenannten Winternotfallplan: Er ist teuer, schlecht, unwürdig. Ich habe ein Flüchtlingspaar kennengelernt, das Mitte September zu uns gekommen ist und das mittlerweile in der sechsten sogenannten Dependance Ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen lebt. Statt kurzfristiger Notlösungen müssen wir dauerhafte, anständige Lösungen finden. In dieser Richtung müssen wir weiterarbeiten und dürfen nicht immer nur von heute auf morgen denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Asylsozialarbeit. Versprechungen sind viele gemacht worden: 80 % Zuschuss für die Sozialarbeiterstelle und in Erstaufnahmeeinrichtungen Schlüssel von 1 : 100, anschließend dann ein Schlüssel von 1 : 150 – wunderbar! Jetzt nehmen wir Ihre nachgebesserten 9,3 bzw. 9 Millionen Euro, teilen sie durch den 80-%-Anteil für die Sozialpädagogenstellen und vergleichen das mit der momentanen Zahl der Flüchtlinge in Bayern. Dabei kommt ein durchschnittlicher Betreuungsschlüssel von 1 : 225 heraus. Sie kalkulieren also, dass die Quoten, die Sie versprechen, nicht eingehalten werden. Sonst könnten Sie diesen Haushaltsansatz nicht aufrechterhalten.

Daher sage ich Ihnen: Stimmen Sie mit uns für die Erhöhung der Mittel für die Asylsozialarbeit, sonst geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Sprache.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Schorer-Dremel zu?

Christine Kamm (GRÜNE): Gerne.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Frau Kollegin.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ist Ihnen bekannt, dass Kommunen und Landkreise wahnsinnig große Anstrengungen unternehmen, um einen Winternotfallplan in der Tasche zu haben? – Es gibt bei den Kommunen detaillierte Notfallpläne. In meiner Gemeinde kenne ich diesen Plan. Ich bin mehr als beeindruckt, was die Kommunen, die Landkreise, die Landräte und die ehrenamtlichen Organisationen hier tun.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Sie haben das Wort, Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Das ist mir sehr wohl bekannt, Frau Kollegin. Allerdings sind nicht alle Notfallpläne gut. Ich habe festgestellt, dass dabei sehr viele Turnhallen mit eingeplant werden, insbesondere Turnhallen von Mittelschulen und Grundschulen, weniger von Gymnasien.

(Unruhe bei der CSU)

– Es tut mir leid, es sind jede Menge Turnhallen dabei. Das halte ich für unwürdig und ungut. Letzte Woche wollte ich mit der zuständigen Ministerin von Rheinland-Pfalz die Dependance im Olympiazentrum besuchen, wo Flüchtlinge in Lagerbetten im Keller untergebracht sind. Das durfte ich nicht.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Man kann wirklich alles schlechtreden!)

– Nein, es geht nicht darum, alles schlechtzureden, liebe Kollegin. Wenn Sie die Unterkünfte sehen – –

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann schaue ich, dass ich es vor Ort verbessere!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben hier jetzt keine Zwiesprache, Frau Kamm. Ihre Redezeit ist um eine Minute und 23 Sekunden überschritten.

Christine Kamm (GRÜNE): Entschuldigung – das war ja bloß eine Interaktion; das wird nicht auf die Redezeit angerechnet.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Selbstverständlich. Die Redezeit ist unabhängig von der Interaktion.

Christine Kamm (GRÜNE): Zur Sprache: Ich finde – –

(Unruhe bei der CSU – Zurufe von der CSU: Ende!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich habe das Mikrofon abgeschaltet.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ich will zur Sprache noch etwas sagen! Sie verweigern den Flüchtlingen eine angemessene Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen dazu Weiteres sagen!)

Das Protokoll nimmt Ihre Ausführungen nicht mehr auf. – Danke schön, Frau Kollegin Kamm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt nur drei Minuten, möchte aber zu einem doch wirklich wesentlichen Thema der Barrierefreiheit noch kurze Anmerkungen machen.

Vor gut einem Jahr haben wir in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit Begeisterung gehört, dass der gesamte öffentliche Raum, der gesamte öffentliche Personennahverkehr in zehn Jahren barrierefrei sein werde. Das fanden wir toll. Ein großer Entwurf – da wurde Mut bewiesen.

Klar ist, dass Sie damit sehr große Hoffnungen geweckt haben. Ich bin viel bei Menschen mit Behinderungen und in unterschiedlichen Verbänden – einige von Ihnen ja auch. Sicher haben auch Sie die Reaktionen feststellen können: Endlich Teilhabe, endlich Dazugehören, endlich ernst genommen werden! Endlich ein gemeinsamer öffentlicher Raum, endlich nicht mehr Bittsteller sein! Es bedeutet eine große Verantwortung, solche Hoffnungen zu wecken.

Aber es stellte sich heraus: Es war gar nicht wirklich ein Entwurf, dem Planungen zugrunde liegen, sondern eine Absichtserklärung. Diese wurde inzwischen deutlich relativiert. Im Juli wurde sie noch bekräftigt. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, das gilt uneingeschränkt, Bayern wird in zehn Jahren barrierefrei. Aber jetzt hat er im Herbst entdeckt, dass im Wesentlichen die Bahn und die Kommunen in der Verantwortung seien. Das hat auch Innenminister Herrmann kürzlich hier am Pult gesagt: Die Bahn hat eine Hauptverantwortung. Aber jetzt sage ich Ihnen eines: Das ist doch keine Überraschung, dass die Züge und die Bahnhöfe der Bahn gehören.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist ganz neu!)

Das hat der Herr Ministerpräsident auch vor einem Jahr schon gewusst. Das Gleiche gilt für die Zuständigkeit der Kommunen im öffentlichen Bereich. Da suchen Sie jetzt den Schulterschluss. Da wird jetzt eine Arbeitsgruppe gegründet. Die Leute haben natürlich erwartet, die Menschen mit Behinderung haben natürlich gedacht, dass Sie das längst vorbereitet haben. Aber sie wurden ja gar nicht gefragt. Jetzt wollen wir gerne wissen, welche Förderungen und welche Unterstützungen es ganz konkret gibt.

Die Vorgabe Bayern barrierefrei im Jahr 2023 hätte für die Haushaltsberatungen eigentlich bedeutet, alles auf den Prüfstand zu stellen und alle Planungen und Investitionen daraufhin zu überprüfen, welchen Beitrag sie dazu leisten. Dies müsste in allen Ressorts eine vorrangige Rolle spielen. Dieses große Projekt kann man nicht in der Logik der Einzelpläne verhandeln. Es ist übrigens auch keine Sonderaufgabe der Sozialpolitiker und Spezialisten im Ausschuss. Das ist wirklich eine ressortübergreifende Aufgabe. In Einzelfällen ist das in den letzten beiden Tagen auch schon angeklungen, aber eher am Rande und nicht mittendrin. Stattdessen haben wir, nicht nur zu diesem Thema, jede Menge Zahlenvergleiche gehört, zwei Tage lang. Das waren Zahlenvergleiche mit anderen Bundesländern, wobei munter Prozentzahlen und absolute Zahlen durcheinandergingen. Na ja, in diesem Vergleich ist Bayern vorn, in jenem ist es hinten; dann kommt der dritte Vergleich, dort sind wir in der Mitte.

(Josef Zellmeier (CSU): Meistens sind wir vorne!)

Wir sind nicht in Vergleichistan. Es geht hier um die konkreten Bedürfnisse und Bedarfe. Das ist der Maßstab, an dem wir die Investitionen messen müssen: Was ist nötig, um ein barrierefreies Bayern zu schaffen?

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie den Menschen versprochen. Sie haben sich dafür feiern lassen. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Tun Sie uns einen Gefallen: Bestellen Sie bitte künftig nicht bei jeder Absenkung eines Bordsteins ein Staatsorchester und sagen Sie dabei nicht, jetzt ist Bayern aber wirklich auf dem Weg zur Barrierefreiheit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir werden das kritisch begleiten. Wir bekommen im Januar die Antwort auf die Interpellation und haben dann einen ungefähren Handlungsrahmen vor uns, was die künftigen Aufgaben angeht. Klar ist: Das ist ein großes Projekt. Ich glaube, da besteht Einigkeit. Es gibt viel zu tun. Es geht nur miteinander. Es geht auch politisch nur

miteinander. Das würde aber voraussetzen, dass Sie künftig bitte nicht jeden einzelnen Vorschlag von uns, jeden Gesetzentwurf und jeden Antrag, grundsätzlich ablehnen. Wenn mir miteinander an dieser großen Aufgabe arbeiten wollen, sollte sich daran etwas ändern, damit wir gemeinsam weiterkommen. – Ich sehe schon, ich muss mich etwas beschränken. - Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. – Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialbereich geht es um Wesentliches. Es geht um die Themen, die die Menschen bewegen und die Menschen in ihrem Innersten berühren. Der Sozialhaushalt setzt Maßstäbe. Der Gesamthaushalt 2015/16 zeigt auch: Schuldenabbau und soziale Balance sind keine Gegensätze. Wir investieren in Familien. Wir investieren in Bildung. Wir investieren in Barrierefreiheit. Wir investieren in Chancen für alle und damit in starke soziale Strukturen. Liebe Frau Celina, wir haben jetzt das elfte Mal eine schwarze Null geschrieben. Das ist richtig.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo ist die Landesbankverschuldung?)

Aber gleichzeitig muss ich dazu sagen, dass der kommunale Finanzausgleich auf 8,3 Milliarden Euro erhöht worden ist. Wir schieben also nichts an die Kommunen weiter.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die florierende Wirtschaft in Bayern erlaubt uns, kraftvoll in die Zukunft zu investieren. Der Sozialhaushalt steigt nach dem Entwurf im Jahr 2015 auf rund 4,4 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von knapp 10 % und damit ein neues Rekordniveau.

Der Schlüssel zur Teilhabe und zum Wohlstand ist ein gesicherter Arbeitsplatz. Das wissen wir alle. Dabei sind wir auf einem sehr guten Weg. In Bayern haben wir momentan, im November, eine Arbeitslosenquote von 3,4 % und mit 77 % die höchste Erwerbstätigenquote aller Länder. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. Wir haben uns das hohe Ziel gesteckt, bis zum Jahr 2018 Vollbeschäftigung zu erreichen. Sehr geehrte Frau Weikert, das trägt auch zur Bekämpfung der Altersarmut bei. Das stellt die Weichen dafür, dass man in die Altersvorsorge investiert und sein Leben im Alter vorbereitet. Auch die Mütterrente, das möchte ich hier sagen, wirkt der Altersarmut, vor allen Dingen von Frauen, entgegen. Dafür haben wir alle gekämpft und das auch umgesetzt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir investieren in den nächsten zwei Jahren über 168 Millionen Euro in die Arbeitsmarktintegration sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung. Was die Langzeitarbeitslosen anbelangt, tragen zum Beispiel die Modellprojekte TANDEM und KAJAK mit ihrem ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Situation der Langzeitarbeitslosen bei. Für mich ist wichtig, dass alle Jugendlichen, auch Jugendliche aus schwierigen Milieus, die Sie vorher angesprochen haben, Frau Weikert, eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bekommen, dass sie an die Hand genommen werden und man ihnen beibringt, wie ein Leben, wie ein Arbeitsplatz ausschaut und wie der zeitliche Ablauf ausschauen muss, um selbstbestimmt das eigene Leben in die Hand zu nehmen und sich auf ein erfülltes Leben vorzubereiten.

Wir verbessern die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt durch zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir unterstützen gezielt junge Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Dazu haben wir im September 2014 zusammen mit dem Handwerkstag, der IHK, der vbw und der Regionaldirektion die Allianz für starke Berufsbildung geschlossen. Mir geht es darum, dass jeder ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bekommt und Chancen für die Zukunft entwickelt werden. Unsere derzeiti-

ge Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2,6 %. Das ist außergewöhnlich gut. Trotzdem müssen wir jedem, der noch arbeitslos ist, der keinen Ausbildungsplatz hat, eine Perspektive eröffnen und müssen ihn weiter fördern.

(Beifall bei der CSU)

Der Schwerpunkt des Haushalts liegt weiter auf den familienpolitischen Leistungen. Es ist in der Tat so: Bayern ist und bleibt Familienland. Familien sind für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft wichtig. Deswegen fördern wir die ganze Vielfalt von Familienmodellen und gewährleisten die Wahlfreiheit für Familien. Um dies zu ermöglichen, haben wir 43 % aller Ausgaben des Sozialhaushalts für familienpolitische Leistungen vorgesehen. Das sind über 3,8 Milliarden Euro für die Jahre 2015/16. Alleine für die Kinderbetreuung stellen wir mehr als 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Das sind pro Jahr jeweils 150 Millionen Euro mehr, als es im Jahr 2014 der Fall war.

Wir werden auch die Bundesmittel für den weiteren Ausbau für die Kinder unter drei Jahren in voller Höhe an die Kommunen weitergeben. Das ist es, was Sie vorhin angemahnt haben, Frau Kamm. Wir wollen ganz einfach, dass die Kommunen hier unterstützt werden, wohl wissend, dass die Kinderbetreuung originär eine kommunale Aufgabe ist.

Nach dem beispielhaften Ausbau der Kinderbetreuung investieren wir in den kommenden Jahren vor allem in eine höhere Qualität. An dieser Stelle möchte ich meine ganz große Wertschätzung allen Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen aussprechen. Sie leisten eine unschätzbar wertvolle Arbeit. Ich wünsche mir, dass diese Berufe eine größere Wertschätzung in unserer Gesellschaft erfahren. Deswegen müssen wir alles daran setzen, das in Zukunft gemeinsam zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Die Eltern erwarten zu Recht, dass ihre Kinder in der Kindertageseinrichtung altersgerecht gefördert werden und so früh wie möglich das Fundament der Persönlichkeitsentfaltung gelegt wird. Das erreichen wir, indem wir zum Beispiel den Basiswert erhöhen. Bei einer durchschnittlichen Einrichtung mit 54 Kindern ergibt die Basiserhöhung ein Plus von circa 14.000 Euro jährlich. Wir erhöhen den Basiswert zur Qualitätsverbesserung um 63 Millionen Euro. Wenn die Kommunen dasselbe tun, ist das ein absolutes Plus. Es wäre ein Highlight für unsere Einrichtungen.

(Beifall bei der CSU)

Gemeinsam mit der Wirtschaft haben wir den Familienpakt Bayern ins Leben gerufen. Er umfasst ein Bündel von Maßnahmen. Zum Beispiel werden wir Unternehmen informieren und beraten, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser gelebt werden kann. Wir werden erwerbstätige Familien bei der Kinderbetreuung und Pflege strukturell unterstützen, und wir werden gezielt die Teilzeitausbildung fördern.

Das kommt all den Frauen zugute, die ihre Ausbildung nicht beendet haben oder die während der Ausbildung ein Kind bekommen haben und so nicht für ihr eigenes Leben und auch nicht für das Leben des Kindes vorsorgen können. Für den Familienpakt stehen in den Jahren 2015/2016 4 Millionen Euro zur Verfügung. Unsere Zielsetzung ist ganz klar: Wir wollen die Arbeitswelt in Bayern familiengerechter gestalten.

Ein weiterer Punkt ist die Förderung der bayerischen Ehe- und Familienberatungsstellen. Hier investieren wir 2015 weitere 500.000 Euro, sodass wir insgesamt 2,2 Millionen Euro haben. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion ganz besonders, die dies in ihrem Antrag gefordert haben. Die Ehe- und Familienberatungsstellen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Schutz von Ehe und Familie.

Bei den Frauenhäusern führen wir einen proaktiven Beratungsansatz ein. Dabei stehen für die Beratung misshandelter Frauen und deren Kinder im Jahr 2015 550.000 Euro zur Verfügung. Sie haben das vorhin angemahnt, Frau Schmidt. Dieses

Geld ist richtig angelegt, und ich bin davon überzeugt, wir gehen damit einen neuen, richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hält als eines von derzeit noch drei Bundesländern am Landeserziehungsgeld fest und baut es sogar weiter aus. Wir heben die Einkommensgrenzen an und erreichen damit wieder die Mitte der Gesellschaft. Dafür investiert Bayern 90 Millionen Euro im Jahr 2016. Das bedeutet 15 Millionen Euro mehr für unsere Familien. Damit stärken wir unsere Familien finanziell.

(Beifall bei der CSU)

Als Sozialministerin bin ich der Überzeugung wie auch der Kollege Unterländer, dass das der richtige Ansatz ist. Baden-Württemberg hat sich vom Landeserziehungsgeld verabschiedet, und auch im Thüringer Koalitionsvertrag ist jetzt die Abschaffung vorgesehen, das ist ein falscher Ansatz. Man kommt damit den Familien nicht entgegen. Wir wollen, dass die Familien in Bayern unterstützt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich bin der Überzeugung, dass das Landeserziehungsgeld ein wichtiger Baustein besonders für die Alleinerziehenden ist, aber auch für kinderreiche Familien. Es genießt eine hohe Akzeptanz bei den Eltern. Rund 80 % der Eltern bezeichnen das Landeserziehungsgeld als wichtige Ergänzung zu ihrem Einkommen.

Für die Jugendarbeit investieren wir im Doppelhaushalt über 50 Millionen Euro. An dieser Stelle danke ich erneut der Regierungsfraktion, die sich dafür eingesetzt hat, dass die Mittel für die Jugendarbeit um 1,8 Millionen Euro aufgestockt werden. Kollege Fackler hat sich dafür vehement ins Zeug gelegt, wofür ich ihm besonders danke.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Guter Mann!)

Ich möchte aber auch dem Kollegen Dr. Hopp sehr danken, der ebenfalls in der Jugendarbeit Pflöcke einschlägt und die Weichen richtig stellt. Ich danke ihm für seine Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Mitteln können in erster Linie Ziele aus dem jüngst fortgeschriebenen Kinder- und Jugendprogramm verwirklicht werden. Beispielsweise sollen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt am Vereinsleben teilhaben können. Damit können sie in das gesellschaftliche Leben bestmöglich integriert werden.

Ich komme jetzt zu einem Thema, das immer schlechtgeredet wird. Ich finde das bodenlos.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bayern soll im öffentlichen Raum bis zum Jahr 2023 barrierefrei werden. Oberstes Gebot ist es, dort zu investieren, wo die Barrierefreiheit für die ganze bayerische Bevölkerung von elementarer Bedeutung ist. Menschen mit Behinderung sollen genauso profitieren wie ältere Menschen und Familien mit Kindern. Barrierefreiheit kann nur Schritt für Schritt in Angriff genommen werden. Der Haushalt ermöglicht genau diesen Schritt. Bayern investiert 205 Millionen Euro als ersten Schritt in den nächsten zwei Jahren konkret in die Barrierefreiheit. Schwerpunkte dabei sind die Mobilität, die Bildung und öffentlich zugängliche staatliche Gebäude. Liebe Frau Celina, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen sich daran beteiligen, nicht allein der Staat.

(Beifall bei der CSU)

Im Einzelnen stehen für die kommenden zwei Jahre 97,5 Millionen Euro für staatliche Gebäude zur Verfügung, 60 Millionen Euro für den öffentlichen Nahverkehr, 21 Millionen Euro für Bahnhöfe und 22 Millionen Euro für die Barrierefreiheit von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich wird Bayern weitergehende Beratungs- und In-

formationsangebote zur Barrierefreiheit und Anreize für die Privatwirtschaft schaffen. Dafür stehen 3,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Addieren wir das Ganze auf, dann sehen wir, dass wir bis zum Jahre 2023 weit über 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen müssen. Neben diesen 205 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre stellt die Staatsregierung seit Jahren auf sehr hohem Niveau Mittel für die Barrierefreiheit in anderen Bereichen zur Verfügung. Ich nenne zum Beispiel den Wohnungsbau, die Tourismus- und Städtebauförderung sowie die Krankenhausfinanzierung. Wir fangen nicht bei null an. Allein im Rahmen der Wohnungsbauförderung für Neubauten und bestehende Gebäude investiert die Staatsregierung jährlich über 100 Millionen Euro.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Claudia Stamm?

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Nein, später. - Wir haben in unterschiedlichsten Haushaltsansätzen in weiteren Ressorts diese Mittel vorgesehen. Wir stehen ganz konkret dazu, dass wir die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und verwirklichen. Wir wollen, dass Inklusion eine Selbstverständlichkeit wird in unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gut zusammenleben können, gut arbeiten können und gemeinsam lernen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang unserer Behindertenbeauftragten, Frau Badura, die heute auch da ist, ein ganz großes Lob aussprechen. Sie setzt sich enorm dafür ein, dass Menschen mit Behinderung Erleichterung in unserer Gesellschaft erfahren.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Frau Schmidt, Taubblinde – das ist vorhin auch schon vom Kollegen Unterländer angesprochen worden – erhalten das doppelte Blindengeld seit letztem Jahr. Ich glaube, da sind Sie nicht richtig informiert.

Ein ganz wesentliches Thema in meinem Haus ist natürlich - wie könnte es anders sein - die Asylthematik. Wir haben wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht und setzen uns weiter für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber ein. Wir stellen uns darauf ein, dass wir auch in den Jahren 2015 und 2016 eine mindestens ebenso hohe Zahl an Asylbewerbern haben werden wie im Jahr 2014. Ich sage Ihnen: Wir haben vieles verändert in den letzten Monaten. Auch der Krisenstab war hilfreich, um bürokratische Hemmnisse zu beseitigen und ganz gezielt Verbesserungen herbeizuführen, auch bei der medizinischen Versorgung.

Wir bauen zügig die Erstaufnahmeeinrichtungen aus, und zwar in jedem Regierungsbezirk. Auch die dezentralen Unterkünfte werden weiter ausgebaut. Sehr geehrte Frau Kamm, wir wollen, dass Asylbewerber angemessen untergebracht werden. Wir wollen nicht, dass sich Anbieter eine goldene Nase verdienen oder sich bereichern können.

(Beifall bei der CSU)

Bayern stockt die Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern deutlich auf. In den Jahren 2015 und 2016 werden jeweils über 100 Millionen Euro mehr als 2014 zur Verfügung stehen. Wir haben im Haushalt pro Jahr 450 Millionen Euro vorgesehen. 30 % mehr sind auch notwendig, damit wir all den Herausforderungen begegnen können. Damit können wir auch unsere Kommunen entlasten. Ihnen erstatten wir die Kosten für die Unterbringung spitz. Das leistet kein anderes Land; das möchte ich noch einmal betonen.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie sich Nordrhein-Westfalen an; dort erhalten die Kommunen eine Pauschale. Sie deckt auf keinen Fall die gesamten Kosten. Ich darf Ihnen sagen: Unsere Kommunen wissen das sehr wohl zu schätzen. Wir arbeiten mit den Kommunen intensiv und gut zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erfahren momentan, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine große Solidarität in der Gesellschaft: bei den Kommunen, bei den Hilfsorganisationen und bei den vielen Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich momentan enorm engagieren. Wenn Sie mich aus der Praxis fragen, wie das aussieht, kann ich Ihnen sagen, dass dieses ehrenamtliche Engagement eine neue Art der Beheimatung ist für Asylbewerber und Flüchtlinge, die zu uns ins Land kommen.

Ich möchte es nicht versäumen, unserem Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer heute von ganzem Herzen zu danken.

(Beifall bei der CSU)

Er ist in den Einrichtungen unterwegs, diskutiert mit den Ehren- und Hauptamtlichen. Er unterstützt unsere Arbeit maßgeblich. Noch einmal: meinen ganz großen Respekt, dir lieber Martin!

(Beifall bei der CSU)

Im Bereich Ehrenamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine bessere Vernetzung zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, zwischen Asylsozialarbeit und Ehrenamtlichen, zwischen Koordinierungsstellen und Ehrenamtlichen, zwischen Sozialämtern und Ehrenamtlichen. Das ist dringend erforderlich, damit alle dieselbe Orientierung geben können bei der Unterstützung unserer Asylbewerber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Asylsozialberatung ist auch mehr Geld vorgesehen. Bayern hat die Mittel für die Asylsozialberatung seit 2011 gut verdreifacht. Jetzt werden sie um über 4 Millionen Euro auf 9,3 Millionen Euro im Jahr 2015 steigen. Damit können wir auch den Betreuungsschlüssel – Herr Dr. Fahn, hören Sie gut zu! – in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 1 : 100 verbessern, und die Förderquote verbessern wir von 70 % auf 80 %.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wann?)

Das ist alles abgestimmt mit den Hilfsorganisationen, mit Caritas und Diakonie.

Zudem fördert Bayern die Teilhabe durch Sprache. Bayern ermöglicht als einziges Bundesland Asylbewerbern im laufenden Verfahren und den Geduldeten den Zugang zu Deutschkursen. Bayernweit sind Kurse Mitte 2013 gestartet. Seit Oktober 2013 unterstützen wir zudem ehrenamtliche Sprachkurse auch finanziell mit jeweils 500 Euro. Dies ist wichtig; denn Sprache ist aus meiner Sicht der Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis.

Vorhin ist viel über Kommunikation gesprochen worden. Kommunikation ist unglaublich wichtig. Bürgerinformationsveranstaltungen sind wichtig. Auf eines müssen wir enorm achten, nämlich darauf, dass wir die Balance halten bei uns im Land, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht kippt. Mein Wunsch ist mit Sicherheit nicht, dass wir hier Demonstrationen haben wie in anderen Bundesländern, sondern ich will, dass keine überzogenen Forderungen gestellt werden. Ich will, dass wir unsere Asylbewerber angemessen unterbringen, dass aber auch Asylbewerber, die unberechtigt bei uns sind, so schnell wie möglich zurückgeführt werden. Ich darf Ihnen sagen: Was die sicheren Drittstaaten angeht, das war eine kluge Entscheidung. 70 % der vorgestern in München angekommenen Asylbewerber sind aus dem Westbalkan zu uns gekommen. Daran kann man schon erkennen, dass es wirklich Handlungsbedarf gibt und wir hier einfach Veränderungen brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder Platz, der unberechtigt eingenommen wird, steht nicht zur Verfügung für die Menschen, die bei uns Hilfe suchen, die berechtigt zu uns kommen, die Unterstützung brauchen, ein schweres Schicksal haben und einen langen Weg hinter sich haben.

Mein ganz besonderes Augenmerk und unser aller Augenmerk liegt natürlich auf den unbegleiteten Minderjährigen, die unseren besonderen Schutz brauchen. Sie werden von Anfang an unter dem Dach der Jugendhilfe betreut. Dort erhalten sie die Hilfe, die sie benötigen. Diese Hilfeleistung stellen wir in den sogenannten Inobhutnahme-Einrichtungen fest.

Neben den Leistungen, die die Kommunen über ein bundesweites Verteilungssystem erhalten, bekommen sie vonseiten des Freistaates 8,5 Millionen Euro für den Ausbau zentraler Inobhutnahme-Einrichtungen, für Vormundschaftskosten und weitere Verwaltungskosten. Gerade die jungen unbegleiteten Minderjährigen bringen – das sind die Erfahrungen – ein großes Potenzial mit. Sie sind wissbegierig und wollen etwas erreichen. Ihnen wollen wir eine gute schulische und berufliche Bildung auf den Lebensweg mitgeben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Ziel der bayerischen Sozialpolitik ist es, gute Lebensbedingungen für alle, insbesondere für die Familien in Bayern zu schaffen. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen danken, die konstruktiv an der Verwirklichung dieses Sozialhaushalts mitgewirkt haben. Ich danke den Berichterstattern und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Winter. Ich möchte aber auch dem Vorsitzenden des Sozialausschusses Joachim Unterländer ein Dankeschön sagen. Danken möchte ich auch Frau Weikert, die ihn vertreten hat, als er gesundheitlich nicht auf der Höhe war. Ich danke allen ehrenamtlichen Helfern in der Wohlfahrtspflege und den Sozialverbänden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen allen Menschen die Teilhabe an Arbeit, Wohlstand und dem Leben in der Gesellschaft ermöglichen und Chancen eröffnen. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 schaffen wir die dafür notwendige finanzielle Basis. Wir beweisen damit, dass ein ausgeglichener Haushalt mit einer starken sozialen Seite in Bayern möglich ist. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Sie sind richtigerweise gleich stehen geblieben. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen: zunächst Frau Kamm und dann Herr Kollege Fahn.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben zugesagt, dass die Asylsozialberatung mit 80 % bezuschusst werden soll. In den Erstaufnahmeein-

richtungen ist dringend – das ist derzeit überhaupt nicht der Fall - ein Schlüssel von 1 : 120 notwendig und im weiteren Verlauf ein Schlüssel von 1 : 125. Wann werden Sie einen Nachtragshaushalt vorlegen, um die Mittel anzupassen? - Die neun Millionen reichen nach Adam Riese schlicht und einfach nicht aus. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Halten Sie die derzeitigen Haushaltsmittel für Sprachkurse für ausreichend, um allen Flüchtlingen, die es wollen, ein Angebot an qualifizierten Sprachkursen zu machen? - Nicht in jeder dezentralen Unterkunft befindet sich ein ausreichendes Angebot durch ehrenamtliche Tätigkeit. Wer eine berufliche Integration möchte, braucht zudem einen Sprachkurs, der jeden Tag und nicht nur einmal oder zweimal in der Woche abends stattfindet.

Die weitere Frage: Was tun Sie, um Integrationsleistungen von Flüchtlingen zu würdigen? - Es gibt viele Flüchtlinge, die sich mit großem Engagement um Integration bemühen. Gerade jugendliche Flüchtlinge erbringen erhebliche Leistungen in der Schule. Was tun Sie dafür, dass diese zukünftig nicht mehr von der Schulbank weg abgeschoben werden? Was tun Sie für eine Mutter mit ihrem Kind, die erhebliche Integrationsleistungen erbracht hat, jetzt aber am 23. Dezember aus Deutschland ausreisen muss?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Kamm, das war ein ganzer Fragenkatalog. Ich möchte ganz kurz antworten. Lassen Sie uns bei der Asylsozialberatung doch einmal mit den 9,3 Millionen Euro für das Jahr 2015 beginnen. Ich bin davon überzeugt, dass das der richtige Einstieg ist. Wir werden sehen, wie sich im nächsten Jahr alles entwickelt.

In die Sprachkurse investieren wir derzeit 3,75 Millionen Euro. Wir unterstützen die ehrenamtlich abgehaltenen Sprachkurse mit 500 Euro. Daneben gibt es weitere, hoch professionelle Sprachkurse, die wir in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anbieten. Da geht es auch darum, welche Anzahl an Asylbewerbern

nächstes Jahr kommt. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass Sprache der Schlüssel dafür ist, dass sich die Menschen hier verständigen können. Deswegen fördern wir auch im nächsten Jahr die Sprachkurse.

Zur Integration: Wir müssen erst einmal feststellen, was wir uns darunter vorstellen. Reden wir über die Asylbewerber, reden wir über Flüchtlinge, oder reden wir über hoch qualifizierte Menschen mit Migrationshintergrund? Wir gestalten derzeit ein Integrationskonzept, das eine Anerkennungskultur und eine Wertschätzungskultur mit enthält. Das ist die Basis, auf der wir Integration aufbauen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwei Fragen an Sie, Frau Ministerin. Erstens, zur Asylsozialberatung: Sie haben von der Erhöhung der Förderquote von 70 auf 80 % gesprochen. Ab wann kommen diese 80 %?

Zweite Frage: Der Integrationsbeauftragte Herr Neumeyer hat schon vor über einem Jahr – ich habe die Pressemitteilung – geschrieben, wir bräuchten ein bayerisches Integrationsgesetz. Ich warte schon seit einem Jahr auf einen entsprechenden Gesetzentwurf Ihrer Fraktion. Wie weit ist das? - Sie haben gesagt, es gibt ein Konzept. Wann wird dieses Konzept einmal in ein Gesetz gegossen? Wäre es denn nicht sinnvoller, dass ein solcher Gesetzentwurf fraktionsübergreifend vorgelegt wird, wenn wir schon ein bayerisches Integrationsgesetz wollen und wünschen? - Bei der Inklusion ist uns das wunderbar gelungen. Alle loben uns dafür, dass alle vier Fraktionen fraktionsübergreifend die Inklusion wollen.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Wann werden die 70 % auf 80 % erhöht? - Wenn Sie den Haushalt für das nächste Jahr genehmigt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir arbeiten an einem Integrationskonzept. Der Wunsch des Integrationsbeauftragten ist ein Integrationsgesetz. Darüber sind wir in der Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Damit sind die Zwischenbemerkungen erledigt. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zu einer etwas längeren Abstimmungsprozedur.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3828 bis 17/3847, 17/3908 bis 17/3940, 17/3985, 17/3986, 17/4010 bis 17/4026, 17/4028, 17/4029 und 17/4161 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten namentlichen Abstimmungen durch. Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3832 in namentlicher Form ab. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie immer bereitgestellt. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wenn wir gleich mit drei Minuten die Abstimmung beginnen. Dann beginnen wir jetzt mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.38 bis 13.41 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/3913. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.42 bis 13.45 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Urnen wieder freizumachen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/3927. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.45 bis 13.48 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4017. Die Urnen sind wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.49 bis 13.52 Uhr)

Ich schließe den Abstimmungsvorgang.

Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4029. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.52 bis 13.55 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe diesen Abstimmungsvorgang.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir jetzt einfache Abstimmungen durchführen. – Ich würde auch die CSU-Fraktion bitten, die Plätze einzunehmen. – Das gilt ebenso für die Kollegen der GRÜNEN-Fraktion. Es dauert jetzt länger; Sie dürfen sich gerne hinsetzen. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung werden ermittelt.

Auf der Ehrentribüne hat eine Delegation von Wissenschaftlern Platz genommen. Es handelt sich um die Asia-Europe Perspectives Association. Sie hält sich in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung hier in München auf. Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Wir führen jetzt die von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragten gesonderten Abstimmungen über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3838, 17/4013 und 17/4025 in einfacher Form durch. – Ich würde darum bitten, dass für die in einfacher Form durchgeführten Abstimmungen auch die Mitglieder der Staatsregierung die vorgesehenen Plätze einnehmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3838 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4013 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4025 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD. Gegenstimmen, bitte! – CSU. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Danke schön.

Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen liegen vor. Ich gebe zuerst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern", Drucksache 17/3832, bekannt. Mit Ja haben 52, mit Nein haben 90 Abgeordnete gestimmt. Es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit", Drucksache 17/3913, hat bei der namentlichen Abstimmung 68 Ja-Stimmen und 89 Nein-Stimmen erhalten. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder", Drucksache 17/3927, lautet: Mit Ja haben 68, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Bayern - Barrierefrei 2023", Drucksache 17/4017, bekannt. Mit Ja haben 67, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen", Drucksache 17/4029, lautet: Mit Ja haben 66, mit Nein haben 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4602 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung darüber soll wieder in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 10 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Die Urnen stehen bereit. Sie sind mit drei Minuten einverstanden. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.01 bis 14.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Sitzungssaales ermittelt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20 zurück und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 10 bekannt: Mit Ja haben 91 und mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Anträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen gleich zu einer Abstimmung. Setzen Sie sich bitte hin, sonst können wir von hier vorne nicht sehen, wie abgestimmt wird. Ich bitte Sie, in allen Teilen des Saales wieder die Plätze einzunehmen. Danke schön.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Einzelplan 10 noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3934 mit 17/3940 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern (Kap. 10 03 Tit. 684 72) (Drucksache 17/3832)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	90	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit (Kap. 10 05 neue TG) (Drucksache 17/3913)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	89	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82) (Drucksache 17/3927)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sonderinvestitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023 (Kap. 10 05 TG 84) (Drucksache 17/4017)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	67	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen (Kap. 10 53 Tit. 684 02) (Drucksache 17/4029)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	91	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 20: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Drucksache 17/4602)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	91	67	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 01 Tit. 422 01 und Kap. 10 01 Tit. 428 01)
   Drs. 17/3828

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Bayerisches Blindengeld auch für hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern einführen
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 17/3829

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u.a. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
   (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
   Drs. 17/3830

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
   (Kap. 10 03 neuer Tit.)
   Drs. 17/3831

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
   (Kap. 10 03 Tit. 684 72)
   Drs. 17/3832

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Förderung der Insolvenzberatung in Bayern
   (Kap. 10 03 Tit. 684 73)
   Drs. 17/3833

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
   (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
   Drs. 17/3834

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
   (Kap. 10 07 neuer Tit.)
   Drs. 17/3835

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Kosten für die Ausreichung und Verleihung des Bayerischen Innovationspreises Ehrenamt
   (Kap. 10 07 Tit. 537 85)
   Drs. 17/3836

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/3837

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 17/3838

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 17/3839

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3840

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/3841

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/3842

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3843

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 - 92 neuer Tit.)
Drs. 17/3844

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integration von Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 633 52)
Drs. 17/3845

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 633 01)
Drs. 17/3846

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/3847

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit auch im Jahr 2016
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/4161

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/3908

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/3909

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/3910

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz der Teilzeitausbildung
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 17/3911

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Errichtung eines „Kompetenzzentrums Barrierefreiheit“
(Kap. 10 05 TG 84)
Drs. 17/3912

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/3913

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/3914

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/3915

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Landesmittel an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen (Mehrgenerationenhäuser)
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/3916

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung heilpädagogischer Fachdienste
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
Drs. 17/3917

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/3918

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3919

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3920

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ehe- und Familienberatung für gehörlose und hörgeschädigte Menschen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/3921

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschuss an das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis des JFF e.V.
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/3922

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Mittel für Vereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 17/3923

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3924

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Fanprojekten
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/3925

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einrichtung von Interventionsstellen mit einem proaktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3926

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/3927

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Zeit für die Jüngsten - bessere Personalausstattung in der Krippe
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3928

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen durch die Erhöhung von Gewichtungsfaktoren für Kinder mit (drohender) Behinderung
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/3929

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/3930

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3931

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/3932

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/3933

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbau der Migrationsberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/3985

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Institutionelle Förderung der IG-Initiativ-Gruppe - Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/3986

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4010

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Betreuungsvereine erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/4011

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von anerkannten Insolvenzberatungsstellen in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/4012

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/4013

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in Bayern
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/4014

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von stationären Wohnplätzen und Tagesbetreuungsplätzen für ältere Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 79)
Drs. 17/4015

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 17/4016

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023
(Kap. 10 05 TG 84)
Drs. 17/4017

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/4018

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/4019

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Medienforschung sichern – JFF angemessen finanzieren
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 17/4020

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausbildung Ehrenamtlicher beim Bayerischen Jugendring
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4021

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Projekts „PräTect“ des Bayerischen Jugendrings
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 17/4022

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bessere Ausstattung der Fanprojekte
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/4023

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 17/4024

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze und Erhöhung der Mittel für pro-aktive Interventionsstellen
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/4025

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/4026

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Asylsozialberatung aufstocken
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/4028

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sprachkurse für Asylsuchende flächendeckend ermöglichen
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/4029